

SEBASTIAN SONS

Katar



Seit 1971 ist Katar unabhängig. Sein Herrscherhaus, die Al Thani-Familie, positionierte sich im Laufe der Geschichte durch Bündnispolitik geschickt zwischen seinen Nachbarn und konkurrierenden Großmächten. Heute ist Katar als Gasexporteur und internationale Handelsplattform von enormer Bedeutung.

Außenpolitisch genießt das Land einen zwiespältigen Ruf: Einerseits agiert es als Vermittler, etwa zwischen den USA und den Taliban, andererseits besteht eine gewisse ideologische Nähe zu verschiedenen islamistischen Kräften. In Katar wird zwar eine leichte Demokratisierung inszeniert, doch bleibt die Macht des Emirs und der Al Thani ungebrochen.

Das Emirat verfolgt eine *Soft-Power*-Strategie und will sich durch Kultur-, Medien- und Sportpolitik auf der Weltbühne etablieren. Und obwohl mit der Ausrichtung der WM 2022 auch die strukturelle Ausbeutung der Arbeitsmigranten offenbart wurde, wird die WM wahrscheinlich zu einem internationalen Imagegewinn für Katar führen.

Inhalt

- 2** Geschichte
- 5** Politisches System
- 7** Gesellschaft
- 9** Außenpolitik
- 15** Arbeitsmigration und Menschenrechte
- 19** Sport als internationale und nationale Marke

Länderinfo Katar

Fläche gesamt: 11 586 km² (davon **Wasser:** 0 km²), Rang weltweit: 169

Landgrenzen gesamt: 87 km (Nachbarstaaten und Länge der Grenze (1): Saudi-Arabien 87 km)

Küste: 563 km

Politisches System: Absolute Monarchie (**Staatsoberhaupt:** Tamim bin Hamad Al Thani)

Bevölkerung: 2 508 182 (2022), Rang weltweit: 143

Religionen: Muslime 65,2%, Christen 13,7%, Hindu 15,9%, Buddhisten 3,8%, Volksreligionen <0,1%, Juden <0,1%, andere <1%, konfessionslos <1% (2020)

Median-Alter gesamt: 33,7 Jahre (**Männer:** 35 Jahre, **Frauen:** 28,2 Jahre) (2020)

Urbanisierung: Stadtbevölkerung: 99,3% der Gesamtbevölkerung (2022)

Lebenserwartung gesamt: 79,81 Jahre (**Männer:** 77,7 Jahre, **Frauen:** 81,96 Jahre) (2022), Rang weltweit: 53

Fettleibigkeit: 35,1% der Gesamtbevölkerung (2016), Rang weltweit: 15

BIP in US-Dollar: 245,66 Milliarden (2020) Rang weltweit: 62

BIP pro Kopf in US-Dollar (kaufkraftbereinigt): 85 300 (2020), Rang weltweit: 6

Arbeitslosigkeit: 8,9% (2017), Rang weltweit: 136

Militärausgaben: 4% des BIP (2021), Rang weltweit: 19

CIA World Factbook; <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/qatar/>

Geschichte

Die Geschichte des modernen Katar ist untrennbar mit der Familie Al Thani verbunden, die die Geschichte des Landes seit über 150 Jahren bestimmt. Alle bisherigen Staatsoberhäupter, Emire genannt, waren und sind Mitglieder der Al Thani (das „Al“ bedeutet im Arabischen „Familie“ bzw. „Clan“ und ist nicht zu verwechseln mit dem arabischen Artikel „al-“). Die Familie war im Laufe des 18. Jahrhunderts aus dem Zentrum der arabischen Halbinsel, dem heutigen Saudi-Arabien, an die Küste des Persischen Golfes ausgewandert und baute dort ein Handels-

netzwerk auf. Bis zur Ankunft der Al Thani war keiner der dort ansässigen Stämme dominant, was es den Al Thani erleichterte, ihren Einfluss auszubauen.

Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sich die Region um die Ortschaft al-Zubara im Norden des heutigen Katar als wichtiger Umschlagplatz für den regionalen Handel etabliert. Damals kontrollierte der kuwaitische Stamm der Al Khalifa die Handelswege, befand sich aber in einer Dauerfehde mit einflussreichen persischen Kräften aus Bahrain, was zu wechselhaften Machtverhältnissen führte. 1783 eroberten die Al Khalifa Bahrain. Ab den 1820er-Jahren verlor al-Zubara an Bedeutung und wurde von Doha, der heutigen Hauptstadt Katars, als Handelszentrum abgelöst. Ende des 19. Jahrhunderts lebten in Doha bereits 12 000 Menschen, während es 1850 nur 400 gewesen waren. 1849 ließ sich Emir Muhammad bin Thani in Doha nieder und festigte damit den Aufstieg der Al Thani zur lokalen Handelselite. Bereits zwei Jahre später koalierte er mit dem saudischen Herrscher Faisal bin Turki Al Saud, um den Vormarsch der konkurrierenden Al Khalifa aufzuhalten.

Bis in die 1920er-Jahre hinein bestimmten Perlentauchen, Fischerei und Handel das Leben der beduinischen Bevölkerung des heutigen Katar sowie der in der Küstenregion sesshaften Stammesgemeinschaften (*hadar*). Insgesamt arbeiteten mehr als 50 Prozent der katarischen Bevölkerung in der Perlenwirtschaft. Monatlang blieben die Männer auf See, um dort nach Austernmuscheln zu tauchen und diese nach ihrer Rückkehr an einflussreiche Stammesführer zu verkaufen. Es entwickelte sich ein lukratives Geschäft, von dem neben den Al Thani auch andere mächtige Familien profitierten, die mit ihnen politisch und wirtschaftlich konkurrierten.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts gerieten die Al Thani dadurch immer wieder in Bedrängnis und drohten, ihre politische und wirtschaftliche Dominanz zu verlieren. So stellten Eroberungszüge und Überfälle der Al Khalifa aus dem heutigen Bahrain eine ständige Bedrohung für die Al Thani dar, und auch der Aufstieg der Al Saud in Saudi-Arabien sorgte für ein dynamisches Konfliktgeschehen am Persischen Golf. Zwischen 1795 und 1871 kam es wiederholt zu saudischen Überfällen auf katarisches Territorium und erst 1999 konnte ein jahrzehntelang schwelender Grenzkonflikt zwischen Katar und dem saudischen Nachbarn beigelegt werden.

Gleichzeitig versuchten die um Einfluss ringenden Familien, mit Heiratspolitik, politischen Allianzen und Zweckbündnis-



Ein Kurzfilm zeigt alte Aufnahmen von Perlentauchern im katarischen Nationalmuseum in Doha, 2019. Bis in die 1920er-Jahre gehörte das Perlentauchen zu den Hauptwirtschaftszweigen in Katar, mehr als 50 Prozent der Bevölkerung arbeiteten in diesem Bereich.

sen ihre Macht zu sichern und konkurrierende Stämme wie die Al Sudan oder die Al Ainain auszuschalten oder zu integrieren. Den Al Thani gelang es dabei besser als anderen, Vereinbarungen zu schließen und sich als Partner externer Mächte zu positionieren.

Das heutige Katar befand sich formal bis Ende des Ersten Weltkriegs in der Einflussosphäre des Osmanischen Reiches, hatte aber für die Sultane in Istanbul nur nachrangige Bedeutung. Zu diesem Zeitpunkt war in Katar weder Gas noch Öl entdeckt worden, sodass der Ausläufer der arabischen Halbinsel wirtschaftlich weitgehend irrelevant war. Nachdem das britische Kolonialreich allerdings seinen Einfluss am Persischen Golf massiv ausgeweitet, mit mehreren mächtigen Familien Vereinbarungen geschlossen und ein System der indirekten Herrschaft etabliert hatte, rückte Katar verstärkt in den Fokus der internationalen Politik. Auch das Osmanische Reich nahm im Kontext der anwachsenden Rivalität mit den Briten Notiz von der kleinen Halbinsel an der Küste des Persischen Golfes.

Davon profitierten die Al Thani: Unter Scheich Muhammad bin Thani wurde 1868 auf dem britischen Kriegsschiff „Vigilant“ eine Vereinbarung mit den Briten geschlossen, die den Beginn der engen Partnerschaft zwischen den Al Thani und

Großbritannien markierte und von Muhammads Sohn und Nachfolger Jassim nach dessen Tod 1878 ausgebaut wurde. Die Al Thani erklärten sich bereit, die Interessen der Briten zu bewahren und als deren Partner zu fungieren, während Großbritannien im Gegenzug als Schutzmacht der Al Thani auftrat und die Unabhängigkeit Katars von Bahrain bestätigte. 1916 wurde diese Vereinbarung durch Scheich Abdullah bin Jassim Al Thani, dem dritten katarischen Emir, vertraglich ratifiziert, was die dominante Machtposition der Al Thani festigte und ihnen einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderen konkurrierenden Familien verschaffte.

Um jedoch nicht in Konflikte mit dem Osmanischen Reich zu geraten, wurden ab 1872 auch mit der Regierung in Istanbul ähnliche Vereinbarungen getroffen. Gleichzeitig führte 1892 die Entführung von Ahmad bin Muhammad bin Thani, Bruder von Jassim, durch die Osmanen zur Schlacht von Al Wajbah im März 1893, an der eine geeinte Front katarischer Stammesverbände teilnahm und die osmanischen Truppen zurückschlug. Dem gemeinsamen Erfolg gegen einen vermeintlich übermächtigen Gegner entspringt der Mythos von Jassim als „Nationalheld“ und „Staatsgründer“. Eine formelle Kolonialisierung durch das Osmanische Reich wurde so vermieden. Bereits da-

Frühe Geschichte und britisches Protektorat

Über Katars Geschichte vor dem 18. Jahrhundert ist wenig bekannt. Die Bevölkerung bestand größtenteils aus beduinischen Nomaden und ein paar Fischerdörfern. Katars moderne Geschichte beginnt 1766, als verschiedene Familien aus Kuwait die katarische Halbinsel besiedelten, darunter die Al Khalifa. Deren neugegründete Siedlung al-Zubara entwickelte sich zu einem Zentrum des Handels und Perlentauchens. 1783 führten die Al Khalifa die Eroberung des nahegelegenen Bahrain an, wo sie bis heute die herrschende Familie sind. Nachdem sie Katar verließen, wurde das Land von einer Reihe verschiedener Scheichs regiert, der bekannteste von ihnen war Rahmah bin Jäbir al Jalähimah, der einen Seekrieg gegen die Al Khalifa und ihre Verbündeten führte.

Die Briten wurden 1867 auf Katar aufmerksam, als ein Streit zwischen den bahrainischen Al Khalifa, die immer noch Anspruch auf al-Zubara erhoben, und den Einwohnern Katars zu einer großen Konfrontation eskalierte, in deren Verlauf Doha nahezu zerstört wurde. Bis zum Angriff betrachtete Großbritannien Katar als Teil des bahrainischen Machtbereichs. Die Briten unterzeichneten 1868 mit Muhammad bin Thani einen Vertrag, der die Weichen sowohl für die zukünftige Unabhängigkeit Katars als auch für die Herrschaft der Al Thani-Dynastie – die bis zu dem Vertrag nur eine von mehreren bedeutenden Familien auf der Halbinsel war – stellte.

Osmanische Streitkräfte, die die nahegelegene saudi-arabische Provinz al-Hasa erobert hatten, besetzten 1871 auf Einladung des Herrschersohnes Katar und verließen das Land nach der saudischen Rückeroberung von al-Hasa im Jahre 1913 wieder. 1916 unterzeichnete Großbritannien mit Katars Anführer einen Schutzvertrag, der früheren Vereinbarungen mit anderen Golfstaaten ähnelte und Großbritannien, im Gegenzug für britischen Schutz, die außenpolitische Kontrolle gab.

Im Jahre 1935 unterzeichnete Katar mit der *Iraq Petroleum Company* [die unter anderem von den heutigen Ölkonzernen

Shell und Total gegründet wurde – Anm.d.Red.] einen Konzessionsvertrag; vier Jahre später wurde Öl entdeckt, jedoch erst 1949 im kommerziellen Maßstab gefördert. Die Einnahmen der Ölgesellschaft, die später *Petroleum Development (Qatar) Limited* und dann *Qatar Petroleum Company* hieß, stiegen drastisch an. Die Verteilung dieser Einnahmen führte zu ernsthaften Machtkämpfen innerhalb der Thani-Dynastie, die die Briten zum Eingreifen in die Emir-Nachfolge von 1949 veranlasste und im Jahre 1972 schließlich einen Palastputsch auslöste, der Khalifa bin Hamad Al Thani an die Macht brachte.

1968 kündigte Großbritannien Pläne zum Rückzug aus der Golfregion an. Nach Verhandlungen mit benachbarten Emiraten – den heutigen Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrain – erklärte Katar am 3. September 1971 seine Unabhängigkeit. [...]

Jill Ann Crystal und John Duke Anthony, „Qatar“, in: Encyclopedia Britannica; online unter: www.britannica.com/place/Qatar; Übersetzung: Stefan Schult



Die Festung al-Zubara wurde 1938 im Nordwesten Katars von Abdullah bin Jassim Al Thani erbaut.

mals zeigte sich das diplomatische Geschick der Al Thani, Partnerschaften zu diversifizieren, um sich nicht in einseitige Abhängigkeiten zu begeben und die eigene Handlungsfähigkeit zu bewahren. Das Konzept, sich mit Großmächten zu arrangieren, um das eigene politische Überleben zu sichern, sowie die Fähigkeit, miteinander konkurrierende Kräfte – wie die Osmanen und die Briten – gegeneinander auszuspielen, wurde zu einer Säule der katarischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese Strategie setzte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort: Mittlerweile gehörte Katar zu den sogenannten Vertragsstaaten (*trucial states*), mit denen Großbritannien Schutz- und Handelsverträge geschlossen hatte. Mithilfe der Briten und einer wachsenden Zahl gut ausgebildeter Arbeitsmigranten aus benachbarten arabischen Staaten wie Ägypten oder Syrien hatten die Al Thani die formelle Herrschaft übernommen und begannen, staatliche Institutionen aufzubauen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Perlenfischerei bereits rapide an Bedeutung verloren: Seit dem Beginn der kommerziellen Perlenzucht in Japan

zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die katarische Perlenwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig, was gemeinsam mit Naturkatastrophen (1925 wurde die katarische Perlenfischerflotte durch einen Sturm vernichtet) und der Weltwirtschaftskrise 1929 zu einem Niedergang dieses Wirtschaftssektors führte. In der Folge verließen viele einst mächtige Familien das Gebiet des heutigen Katar, während für die verbliebene Bevölkerung die „Jahre des Hungers“ begannen, wie diese Zeit der sozialen und sozioökonomischen Krise, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs dauerte, genannt wird. Doch auch in dieser Phase behaupteten sich die Al Thani: Im Gegensatz zu vielen ihrer Rivalen blieben sie in Katar und sicherten so ihr Machtmonopol. Mit der Vergabe von Ölförderkonzessionen an die Briten 1935 und der kommerziellen Ölproduktion ab 1949 und vor allem nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann der wirtschaftliche Aufschwung Katars. Den folgenden Emiren gelang es, den wirtschaftlichen Wohlstand aus den Ölverkäufen zu mehren, während die Perlenfischerei nur noch als nostalgische Erinnerung und Bestandteil des kulturellen Erbes instrumentalisiert wird. 1971 erklärte Katar seine Unabhängigkeit und löste sich aus dem britischen Protektorat.

Die Al Thani setzten ihre Politik des Einhegens und des politischen Ausgleichs nach der Unabhängigkeit fort, indem nicht nur die eigene Familie vom Ölreichtum profitierte, sondern auch andere einflussreiche Clans, die mit finanziellen Annehmlichkeiten und politischen Posten versorgt wurden. Mit der Entdeckung des größten Gasfeldes der Welt 1971 erhielt Katar erneut einen erheblichen Modernisierungsschub, wenngleich die kommerzielle Produktion von Flüssiggas (*Liquefied Natural Gas*, LNG) erst in den 1990er-Jahren begann und Katars Aufstieg zu einem der reichsten Staaten der Erde begründete. Das Emirat verfügt über 12,5 Prozent der auf der Erde nachgewiesenen Gasvorkommen und teilt sich das von Katar „*North Field*“ genannte weltweit größte Erdgasfeld mit Iran.

Die Al Thani professionalisierten das Staatswesen, etablierten den Alimentierungscharakter des katarischen Wohlfahrtsstaates und trieben den wirtschaftlichen Boom voran. So behaupteten sie sich als unangefochtene Machthaber in Katar. Zugleich wurde der Machtstatus einzelner Emire immer wieder von innerfamiliären Konkurrenten in Frage gestellt. Durch unblutige Palastputsche wurde die Herrschaft von Emir Ahmad bin Ali Al Thani (reg. 1960–1972) durch Khalifa Al Thani (reg. 1972–1995) beendet, der auch als Gründer des modernen Katar bezeichnet wird, weil er nach seiner Machtübernahme umfassende Verwaltungsreformen und Infrastrukturmaßnahmen durchführte. Außerdem erhöhte er die internationale Reputation Katars, indem er beispielsweise den Beitritt zur Weltbank, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) veranlasste.

Emir Khalifa suchte auch die Annäherung an den alten Rivalen Saudi-Arabien, was von Teilen der Al Thani kritisch gesehen wurde. Der Einmarsch Iraks unter Saddam Hussein 1990/91 in Kuwait erschütterte nicht nur die Al Thani, sondern auch die anderen Herrscher am Persischen Golf. Katar betrachtete Saddams Vormarsch zudem als Versagen Saudi-Arabiens, enge monarchische Verbündete zu beschützen, was auch die Reputation Khalifas aufgrund seiner Nähe zum Königreich beschädigte und die Hinwendung zur Schutzmacht USA beschleunigte.

1995 wurde Khalifa, während er sich in Genf aufhielt, von seinem Sohn Hamad (reg. 1995–2013) durch einen Putsch abgelöst. Hamad setzte den Modernisierungskurs Khalifas fort, perfektionierte das Prinzip der „*Soft Power*“ und der „*Public Diplomacy*“ und nahm eine distanziertere Haltung gegenüber Saudi-Arabien ein. Ein Gegenputsch, der von einem Cousin des

Katars Beitritt zu internationalen Organisationen

	Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC)	1961
	Fédération Internationale de Football Association (FIFA)	1970
	Vereinte Nationen (VN)	1971
	Internationaler Währungsfonds (IWF/engl. IMF)	1972
	Weltbank	1972
	Internationale Fernmeldeunion (ITU)	1973
	Interpol	1974
	Internationale Atomenergiebehörde (IAEA)	1976
	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (ICRC)	1978
	Internationales Olympisches Komitee (IOC)	1980
	Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	1993
	Weltgesundheitsorganisation (WHO)	1996
	Welthandelsorganisation (WTO)	1996
	Internationale Organisation für Migration (IOM)	2007
	Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)	2010



Der damalige Emir Hamad (v.r.) mit dem heutigen Emir Tamim (v.l.) beim Endspiel des Emir Cup 2013 im Khalifa International Stadium in Doha

Emirs angeführt worden war und von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützt worden sein soll, scheiterte 1996. Als Reaktion besetzte Hamad wichtige Regierungsposten mit engen und vertrauenswürdigen Familienangehörigen.

Vor dem Hintergrund der Kuwait-Invasion machte Hamad vor allem die Partnerschaft mit den USA zu einem wesentlichen Pfeiler der katarischen Außenpolitik: 2003 verlegte die USA das Hauptquartier des *Central Command* (CENTCOM) aus Saudi-Arabien nach al-Udaid, was die regionale Bedeutung Katars aufwertete. Neben einer intensivierten Sicherheitspartnerschaft weiteten sich auch die wirtschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten unter Hamads Herrschaft aus. Gleichzeitig unterhält Katar trotz seiner pro-westlichen Anbindung pragmatische Beziehungen zu Iran, was erneut als Ausdruck der katarischen Balancepolitik gewertet werden kann und Ähnlichkeiten zur Pendeldiplomatie zwischen Großbritannien und dem Osmanischen Reich aus dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert aufweist.

Unter Hamad entwickelte sich Katar somit zu einem einflussreichen Regionalakteur, der vor allem während und nach dem „Arabischen Frühling“ 2011/12 eine pro-islamistische Politik der Einflussnahme beispielsweise in Ägypten und Tunesien verfolgte. Dadurch nahmen die Spannungen mit den Nachbarn Saudi-Arabien und den VAE wieder zu. Auch Hamads Herrschaft endete 2013 mit einem Palastputsch, der von seinem Sohn Tamim angeführt wurde. Dieser herrscht seitdem als Emir Katars. Dieser Machtwechsel erfolgte weitgehend friedlich und wurde

Übersicht der katarischen Emire

Name	Beginn der Herrschaft	Ende der Herrschaft
Muhammad bin Thani	12. September 1868	18. Dezember 1878
Jassim bin Muhammad Al Thani	18. Dezember 1878	17. Juli 1913
Abdullah bin Jassim Al Thani	17. Juli 1913	20. August 1949
Ali bin Abdullah Al Thani	20. August 1949	24. Oktober 1960
Ahmad bin Ali Al Thani	24. Oktober 1960	22. Februar 1972
Khalifa bin Hamad Al Thani	27. Februar 1972	27. Juni 1995
Hamad bin Khalifa Al Thani	27. Juni 1995	26. Juni 2013
Tamim bin Hamad Al Thani	26. Juni 2013	

in der katarischen Propaganda als einträchtige Familienentscheidung dargestellt. Hamad wird vom katarischen Volk seitdem respektvoll als „Vater des Emirs“ bezeichnet.

Nach der Machtübernahme Tamims vollzog die pro-aktive Außenpolitik einen Wandel, da die Unterstützung für islamistische Gruppen und Protestbewegungen im Nahen und Mittleren Osten reduziert wurde. Tamims Ziel war es, Katars Rolle als diplomatischer Vermittler in Konflikten wiederherzustellen, die katarische Außenpolitik zum nüchternen Pragmatismus zurückkehren zu lassen und die Spannungen zu den Nachbarstaaten zu deeskalieren. Zwar agiert Katar seitdem wieder als Mediator in etlichen Regionalkonflikten, doch die Konflikte mit den Nachbarstaaten nahmen weiter zu und mündeten 2014 in einem Abzug der Botschafter Saudi-Arabiens, der VAE, Bahains und Ägyptens aus Doha, ehe im Juni 2017 die sogenannte Golfkrise ausbrach (siehe S. 11).

Der Herrschaft der Al Thani und dem Ansehen Tamims hat diese Blockade jedoch nicht geschadet – im Gegenteil: Basierend auf einer recht großen Unterstützung der einheimischen und auch ausländischen Bevölkerung konnte der Emir sein Image als „Schutzpatron“ stärken und seine Machtposition zementieren. Ihm gelang es, sich und seine Familie während der Krise als Verfechter des katarischen Wohlstands und Fortschritts zu inszenieren und so einen katarischen Nationalismus zu beschwören. Somit wurden die Al Thani, wie bereits häufiger in der katarischen Geschichte, zum Nutznießer der Krise. Innenpolitisch gelang es dem jungen Emir – zum Zeitpunkt seiner Machtübernahme war er erst 33 Jahre alt –, wichtige politische Positionen mit Technokraten und Experten zu besetzen, die nicht zur Al Thani gehören.

Politisches System

Die historische Dominanz der Al Thani schlägt sich im politischen System nieder: Die katarische Verfassung schreibt der Familie die Herrschaft über Katar zu. Der Emir verfügt in allen Politikbereichen über die finale Entscheidungsgewalt. Er fungiert als Staatsoberhaupt und zugleich als oberster Inhaber der exekutiven und legislativen Gewalt und kann den Ministerrat sowie den Premierminister und dessen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestimmen. Mittlerweile wurde die Nachfolge auf die Söhne des amtierenden Emirs beschränkt, was familieninterne Rivalitäten um die Thronfolge beenden sollte und die dynastische Herrschaft auch formell legitimiert.

Obwohl der Emir traditionell auf den Rückhalt enger familiärer Verbündeter angewiesen ist, die als wichtige Ministerinnen und Minister oder in Personalunion als einflussreiche Vorstandsvorsitzende von katarischen Staatsunternehmen oder Stiftungen fungieren, gehören auch Angehörige von bedeutenden Händlerfamilien und Stammesverbänden zum engen Entscheidungszirkel der politischen Führung. So profitieren beispielsweise die Al Attiah, die Al Bin Ali oder die Al Sudan von finanziellen Annehmlichkeiten sowie vom Zugang zum inneren Zirkel, müssen aber im Gegenzug auch loyal gegenüber dem Emir agieren. Diese Solidarität dient als Hauptcharakteristikum des politischen Systems, was trotz seiner hierarchischen und absoluten Struktur heute keineswegs uneingeschränkt als Diktatur oder totalitäre Autokratie bezeichnet werden kann. Traditionell mussten die Al Thani ihre Herrschaft über Kompromisse mit anderen einflussreichen Kräften sichern, und dieses Prinzip des Dialogs besteht auch heute fort.



Emir Tamim bin Hamad Al Thani bei einer Rede 2018 im Schura-Rat in Doha. Die beratende Körperschaft hat nur eingeschränkte Befugnisse in der Legislative.



Eine von zwei weiblichen Mitgliedern, die vom Emir in den Schura-Rat berufen wurden, bei einer Sitzung des Rates am 26. Oktober 2021

Oftmals erschließen sich die Entscheidungsprozesse außenstehenden Beobachtenden jedoch nicht, da es kaum formelle Foren der öffentlichen Aushandlung gibt und Institutionen wie das Parlament eher zeremoniellen und repräsentativen Charakter haben. Bereits 2003 wurde in der Verfassung festgelegt, Wahlen zum Parlament bzw. zur beratenden Versammlung (*Madschlis asch-Schura*) durchzuführen. Diese wurden aber immer wieder verschoben und fanden erst im Oktober 2021 zum ersten Mal statt. Der Rat kann Gesetze vorschlagen, den Staatshaushalt und den Ministerrat kontrollieren. Er besteht aus 45 Mitgliedern, von denen 30 gewählt werden, während das verbleibende Drittel vom Emir ernannt wird. 233 Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich in 30 Distrikten zur Wahl, darunter 26 Frauen, wovon allerdings keine ein Mandat erringen konnte. Im Vorfeld war über die Einführung einer Quote für weibliche Abgeordnete diskutiert worden, da insbesondere patriarchale Strukturen die Sichtbarkeit von Kandidatinnen weiterhin erschweren. Unter den 15 vom Emir ernannten Mitgliedern des Rates befanden sich zwei Frauen, von denen eine zur stellvertretenden Sprecherin des Rates gewählt wurde. Kurz danach erhöhte Tamim die Zahl der Ministerinnen im Rahmen einer breiten Kabinettsumbildung von einer auf drei.

Die Wahlbeteiligung lag offiziell bei 63,5 Prozent. Im Vorfeld der Wahlen war es allerdings zu vereinzelt Protesten von bestimmten Stämmen – vor allem dem Al Murrah-Stamm – gekommen, die aufgrund des rigiden Staatsbürgerschaftsrechts in Katar von der Wahl ausgeschlossen worden waren. In Katar wurde die erstmalige Wahl des Rates dennoch als wichtiger Schritt zur Demokratisierung betrachtet. Trotzdem erhöht die geringe Entscheidungskompetenz des Rates die Partizipationsmöglichkeiten der katarischen Bevölkerung nicht sonderlich. Stattdessen dient er eher als symbolischer Akt der Regierung, einflussreichen tribalen Eliten die Möglichkeit zur politischen Partizipation zu gewähren und deren Interessen auszubalancieren, ohne jedoch eigene Befugnisse vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik teilen zu müssen. Außerdem wollte die politische Führung ein gutes Jahr vor der Fußball-Weltmeisterschaft von der internationalen Kritik ab-

lenken und durch Einführung von Wahlen die beschädigte Reputation verbessern.

Auf lokaler Ebene können katarische Staatsangehörige seit 1999 alle vier Jahre den *Central Municipal Council (CMC)* wählen. Da jedoch auch Parteien und Gewerkschaften verboten sind oder zumindest streng kontrolliert werden, bietet das politische System trotz dieser Reformen kaum ernsthafte demokratische Einflussmöglichkeiten, sodass weiterhin hauptsächlich der Emir die Entscheidungen trifft. Zwar existiert mittlerweile eine nationale Gewerkschaft (*General Union of Workers*), die allerdings nur einheimische Arbeitskräfte vertritt und von der Arbeitsmigrantinnen und -migranten ausgeschlossen bleiben. Dennoch sollte nicht ignoriert werden, dass inoffizielle, zumeist private Beratungsgremien (*madschlis*) zwischen einflussreichen Personen und Familien traditionell eine wichtige Funktion in der Konfliktbeilegung spielen, die auch weiterhin für den sozialen inneren Zusammenhalt sorgen.

Kritische Äußerungen in den sozialen Medien werden toleriert, solange die Herrscherelite nicht direkt attackiert wird. 2014 wurde ein Gesetz gegen Cyberkriminalität erlassen, das sich auch gegen im Netz aktive Regierungskritikerinnen und -kritiker richtet. Durch das entgegenkommende Verhältnis der katarischen Führung zu islamistischen Gruppierungen hat sich im Gegensatz zu den anderen Golfstaaten im Emirat keine schlagkräftige islamistische Opposition entwickelt.

Dennoch besteht in Katar keine Meinungsfreiheit: Insbesondere nach der WM-Vergabe wurde westlichen Journalistinnen und Journalisten die Einreise und die freie Berichterstattung verwehrt, um kritische Presse zu verhindern. Mittlerweile hat sich dies zwar geändert, doch noch immer wird über Einschüchterungs- oder Bestechungsversuche berichtet. Vereinzelt kommt es auch zu Inhaftierungen: So kamen im November 2021 beispielsweise zwei norwegische Journalisten für 30 Stunden in Haft, nachdem sie kritisch über die Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten berichtet hatten. Im Juli 2022 lag Katar im Index von „Reporter ohne Grenzen“ auf Rang 119 von 180. Im regionalen Vergleich rangiert das Emirat damit allerdings vor den VAE (Rang 138), Kuwait (Rang 158), Oman (Rang 163), Saudi-Arabien (Rang 166) und Bahrain (Rang 167).

Gesellschaft

Katars Gesellschaft wirkt von außen zu Unrecht oftmals homogen und wird vor allem auf die Trennung zwischen katarischen Staatsangehörigen und nicht-katarischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten reduziert. Ohne Zweifel bestimmt die Dominanz der ausländischen Arbeitskräfte den Diskurs um Zugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und Beteiligung, zumal sich die knapp 300 000 Staatsangehörigen in ihrer Identität und Herkunft bedroht fühlen. Viele von ihnen stigmatisieren die Migrantinnen und Migranten als „Sündenböcke“ für die Missstände in der modernen Gesellschaft, um von eigenen Verfehlungen abzulenken. Außerdem fürchten Teile der katarischen Bevölkerung ein Ende des wirtschaftlichen Booms und somit auch ein Ende ihres hohen Lebensstandards bei gleichzeitiger Annäherung an den Lebensstandard der benachteiligten Migrantinnen und -migranten.

Um diese Sorgen zu mindern, hat die Regierung ein Wohlfahrtssystem eingerichtet, das die Privilegien der Staatsangehörigen stärkt, während ausländische Arbeitskräfte rechtlich, politisch und kulturell benachteiligt bleiben. Staatsangehörige erhalten kostenlos Strom und Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung und sind von Steuerzahlungen befreit. Derweil leiden nicht nur die Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor unter massiven Ungleichbehandlungen. Auch gut verdienende angeworbene Fachkräfte aus den USA, Europa oder Indien haben kaum Chancen auf eine Einbürgerung oder eine rechtliche Gleichstellung mit katarischen Staatsangehörigen. In der Regel leben westliche Fachkräfte räumlich separiert in speziell gesicherten Wohnanlagen und treffen häufig nur im beruflichen Kontext mit katarischen Kolleginnen und Kollegen zusammen.

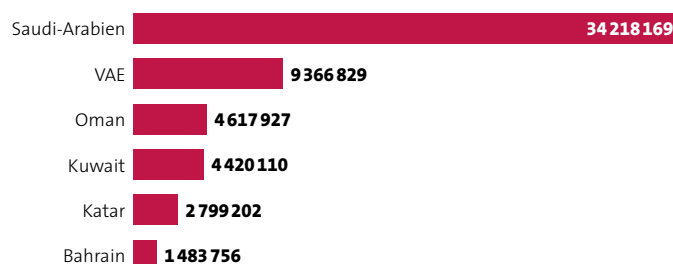
Das Recht auf Einbürgerung wird auch in Katar geborenen Kindern verwehrt, sollte der Vater nicht die katarische Staatsangehörigkeit besitzen. In der Vergangenheit wurde bestimmten Bevölkerungsgruppen auch der katarische Pass entzogen, um politische Unruhen zu vermeiden und eine potenzielle Opposition auszuschalten. Im Zuge des Konfliktes mit Saudi-Arabien verloren 2005 mehr als 5000 katarische Mitglieder des Al Ghafran-Stammes, der zum größten auch in Saudi-Arabien ansässigen Stamm der Al Murrah gehört, die Staatsangehörigkeit, da ihnen die Behörden vorwarfen, am Putschversuch von 1996 beteiligt gewesen zu sein.

Der Begriff des „Stammes“ (*qabila*) erweist sich in der wissenschaftlichen Diskussion zunehmend als problematisch, da er aus

eurozentrischer Sichtweise oftmals dafür verwendet wird, komplexe soziale Strukturen in den heterogenen Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens zu vereinfachen und auf ein traditionelles „Stammesdenken“ zurückzuführen. Dennoch beschreibt der Begriff die hybriden und flexiblen Gesellschaftsstrukturen in Katar und wird auch von den katarischen Staatsangehörigen häufig verwendet, um ihr kulturelles Erbe zu beschreiben. Das Konzept des Stammes gewinnt insbesondere in den vergangenen Jahren wieder verstärkt an Bedeutung, um individuelle Zugehörigkeiten und kollektive Identitäten zu umschreiben, und ist somit zu einem (imaginierten) Referenzrahmen der katarischen Bevölkerung geworden. Trotzdem sollte die Bedeutung des „Stammes“ weder überbetont noch ignoriert werden.

Gesamtbevölkerungen in den Golfstaaten

2019



Statistical Centre for the Cooperation Council for the Arab Countries of the Gulf, 2020

Anzahl der Arbeitsmigrantinnen und -migranten in den Golfstaaten

2019

Land	Anzahl in Mio.	Anteil an Bevölkerung in %
VAE	8,6	88
Katar	2,2	79
Kuwait	3,0	72
Oman	2,3	43
Bahrain	0,7	41
Saudi-Arabien	12,6	28

Vereinte Nationen, 2019



Blick in den Außenbereich eines fast nur von Männern besuchten Shisha-Cafés in der Altstadt von Doha im März 2016: Die katarische Gesellschaft ist stark patriarchal geprägt und das Geschlechterverhältnis zudem sehr ungleich verteilt. Es beträgt 266 Männer zu 100 Frauen, damit liegt Katar 2021 weltweit an der Spitze.

Unter Vormundschaft: Frauen in Katar

[...] Ein Fairplay-Problem hat Katar [...] nicht nur, wenn es um die miserablen Arbeitsbedingungen für die Hunderttausenden von Gastarbeitern aus Indien, Bangladesch oder Nepal geht. Wie ein neuer Bericht der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zeigt, werden die oft gut gebildeten einheimischen Frauen in dem Golfemirat nach wie vor durch ein System der männlichen Vormundschaft unterdrückt, das teilweise gegen die eigenen Gesetze und die Verfassung verstößt.

[...] Inspiriert [von Reformen in Saudi-Arabien] kritisierten mehrere Frauen in Katar über anonyme Twitter-Konten die patriarchale Unterdrückung in ihrem Land. „Saudi-Arabien hat immer noch das drakonischste System, aber in einigen Punkten ist die Situation in Katar heute schlechter“, erklärt Rothna Begum von HRW im Gespräch.

Nachdem eine der aufmüpfigen Frauen von den katarischen Sicherheitsbehörden verhört worden war, löschten alle ihre Twitter-Konten. Zwei Frauen flüchteten gemäß HRW Ende 2019 nach Großbritannien. Eine von ihnen war die 21-jährige Nuf al-Madid. „Ich durfte nur zur Schule und wieder nach Hause gehen. Für alles andere musste ich mit Prügeln rechnen“, sagte sie HRW. Da eine unverheiratete Frau unter 25 Jahren das Land nicht ohne die Zustimmung ihres männlichen Vormundes – also ihres Vaters, Bruders oder Onkels – verlassen darf, musste Madid eine List anwenden. Sie verschaffte sich heimlich Zugang zum Mobiltelefon ihres Vaters und besorgte sich über die entsprechende Applikation ihre Ausreisewilligung.

[...] [E]inige Elemente der männlichen Vormundschaft seien im Gesetz geregelt, andere nicht, und wiederum andere verstießen gar gegen die Verfassung [so Begum]. Um zu heiraten, brauchen die Frauen aufgrund des Familienrechts die Einwilligung ihres männlichen Vormunds. Um zu arbeiten, gibt es indes keine gesetzliche Vorschrift. Trotzdem kann es sein, dass auch staatliche Institutionen eine schriftliche Einwilligung des männlichen Vormunds verlangen, bevor sie eine Frau einstellen.

[...] Oft kann der Mann seine Frau auch nach dem 25. Altersjahr mithilfe der gemeinsamen Kinder kontrollieren. Ohne die Einwilligung des männlichen Vormundes kann eine Mutter keine Reisepässe für ihre Kinder besorgen, über die Schulwahl oder eine medizinische Behandlung entscheiden. „Ich lebe mit den Kindern, Sorge für sie, helfe ihnen bei den Hausaufgaben, aber ich kann nicht entscheiden, welches der beste Ort für ihre Ausbildung ist. Ohne seine Einwilligung kann ich die Jungs nicht einmal in einen Sportklub schicken“, sagte eine geschiedene Mutter HRW. „Die Kinder leben nur mit dir, aber du hast keine Autorität über sie.“

Die Mutter versuchte vor Gericht den Übertritt ihres Sohnes in eine andere Schule zu erzwingen. Der Richter jedoch lehnte ab: Er könne das gottgegebene Recht des Vaters, über die Schule seines Sohnes zu entscheiden, nicht beschneiden, lautete sein Urteil.

Paradoxerweise hat der katarische Staat die Frauen in den vergangenen Jahren durchaus gefördert. An den Universitäten sind sie längst in der Mehrheit. Im Arbeitsmarkt zeigt sich indes ein gegenteiliges Bild: Die Erwerbsquote der Männer liegt bei rund 70 Prozent, jene der Frauen nur bei 37 Prozent. Oft zementieren nicht allein Gesetze, sondern tief verankerte soziale Normen und Zwänge den konservativen Status quo. So studieren etwa doppelt so viele Männer wie Frauen mit einem staatlichen Stipendium im Ausland. Auch, weil die Väter sich um den Ruf ihrer Töchter sorgen. Die 20-jährige Nura etwa hätte gerne Geografie an einer ausländischen Universität studiert. Doch sie sagt: „Mein Vater ist ziemlich aufgeschlossen, aber er sorgte sich, was die Gesellschaft davon halten würde, wenn seine Tochter ins Ausland reiste.“

Die 40-jährige Asma meinte ihrerseits in einem Interview mit HRW: „Mädchen sind konstant in Quarantäne. Was die ganze Welt nun erlebt, ist in Katar das normale Leben.“

Christian Weisflog, „Frauen in Katar: das ganze Leben in der Quarantäne“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. März 2021

Katars Bevölkerungspyramide

2022



Die katarische Gesellschaft wird von einem gravierenden Geschlechterungleichgewicht geprägt, unter dem vor allem die Frauen leiden: 2016 lebten 1,9 Millionen Männer in Katar, während sich die Zahl der Frauen nur auf 577 000 belief. Dies liegt vor allem daran, dass für die Infrastrukturmaßnahmen im Baugewerbe in erster Linie männliche Arbeitskräfte benötigt werden. Frauen werden in einem weitgehend patriarchalen System rechtlich gegenüber Männern im konservativen Familien- und Erbschaftsrecht benachteiligt, da durch die Frau initiierte Scheidungen oder Kompensationszahlungen vor Gericht kaum Aussicht auf Erfolg haben. Zudem sind sie im Rahmen des Vormundschaftssystems bei Fragen der Eheschließung oder der Arbeitsplatzwahl noch immer von männlichen Verwandten abhängig. Die katarische Regierung wehrt sich gegen diese Darstellung und betont ihre Ambitionen, rechtliche Gleichstellung für Frauen erreichen zu wollen. Insbesondere in der Wirtschaft und auch in Politik und Kultur sind Frauen in den vergangenen Jahren deutlich sichtbarer geworden und in durchaus einflussreiche Positionen aufgestiegen. So dient die proklamierte Gleichberechtigung der Frau dazu, das Image des Herrscherhauses zu verbessern.

Frauen spielen auch in der politischen Kultur eine entscheidende Rolle und werden von den Mächtigen oftmals für öffentlichkeitswirksame Zwecke instrumentalisiert, um die Modernität Katars und die Gleichberechtigung innerhalb der katarischen Gesellschaft zu zeigen. Bekanntestes Beispiel dieser Geschlechterpolitik ist die Frau des ehemaligen Emirs Hamad, Scheicha Musa bint Nasser al-Missned, die als Positivbeispiel der Frauenpolitik des Landes inszeniert wird. Als Gründerin der *Qatar Foundation* verfügt sie als Förderin des katarischen Bildungssystems und der Jugend über internationale Strahlkraft, die auch nach dem Regierungswechsel nicht gelitten hat. Außerdem besitzt sie als Mutter des jetzigen Emirs noch immer immensen politischen Einfluss.

Interessanterweise existieren in Katar kaum konfessionelle Konflikte, obwohl 15–20 Prozent der katarischen Bevölkerung schiitischen Glaubens sind. Im Gegensatz zu Ländern wie Saudi-Arabien, in denen die schiitische Minderheit unterdrückt und ausgegrenzt wird, oder Bahrain, wo die sunnitische Herrscherfamilie teilweise gewalttätig eine schiitische Mehrheitsbevölkerung regiert, gelten die katarischen Schiiten als verhältnismäßig gut integriert. Einige persischstämmige Händlerfamilien wie die Al Darwish oder die Al Fardan sind sogar zu einflussreichen Geschäftsleuten aufgestiegen. Zwar gehören die Al Thani offiziell der puristisch-traditionalistisch sunnitischen Islamauslegung des Wahhabismus an, der Mitte des 18. Jahrhunderts durch den saudischen Prediger Muhammad ibn Abd al-Wahhab in Zentralarabien ins Leben gerufen wurde. Dennoch zeigen sie im Umgang mit den konservativen Lehren des Wahhabismus einen deutlich pragmatischeren und weniger dogmatischen Umgang als die religiösen Eliten im benachbarten Saudi-Arabien.

Nicht-muslimische Glaubensgemeinschaften wie das Christentum, der Hinduismus oder der Buddhismus werden in Katar nicht diskriminiert; fast 30 Prozent der Bevölkerung gehören dem hinduistischen oder christlichen Glauben an. Sogar zu Vertreterinnen und Vertretern des Judentums besteht ein konzilianter Verhältnis. Mitglieder dieser Religionen können ihre eigenen Gotteshäuser eröffnen, da die katarische Regierung sich gern als Förderer der religiösen Toleranz inszeniert. Allerdings ist Apostasie [Lossagung vom Glauben – Anm. d. Red.] vom Islam ebenso untersagt wie Missionierungsbestrebungen durch Nicht-Muslime. Weiterhin ist Homosexualität unter Strafe

verboten, was im Vorfeld der WM zu enormer Kritik in der internationalen Gemeinschaft geführt hat. Die katarische Regierung reagierte darauf mit der Aussage, alle Gäste willkommen zu heißen, solange sie die lokalen Gegebenheiten respektieren.

Außenpolitik

Diversifizierung

Der Nahe und Mittlere Osten und damit die direkte Nachbarschaft Katars ist geprägt von Konflikten und Rivalitäten, die seine Sicherheit auf unterschiedlichen Ebenen bedrohen. Der Erste Golfkrieg von 1980 bis 1988 zwischen Irak und Iran, die irakische Invasion in Kuwait 1990/91 sowie die US-Invasion im Irak 2003 mit dem anschließenden Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein machten es zur Maxime der katarischen Politik, sich zuerst um die eigene territoriale Integrität zu sorgen. Das Land befindet sich im direkten Einflussgebiet der Regionalmächte Saudi-Arabien, Iran und der Türkei, deren Verhältnis von Konkurrenz und Krisenhaftigkeit geprägt ist.

Die Rivalität zwischen dem Königreich Saudi-Arabien und der Islamischen Republik hat seit der iranischen Revolution von 1979 die konfliktreiche Gemengelage in der Region des Persischen Golfs verschärft und bestimmt auch die Sicherheitswahrnehmung der kleinen Golfstaaten Katar, der VAE, Kuwait, Bahrain und Oman, die sich geografisch eingeeignet zwischen Saudi-Arabien und Iran befinden. Beide Staaten betrachten sich als regionale Führungsmächte in sicherheitspolitischer, religiöser, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Vor dem Hintergrund dieser schwankenden und unsicheren regionalen Gemengelage und in Verbindung mit einigen historischen Versuchen der golfarabischen Nachbarn, die Herrschaft der Al Thani herauszufordern oder zu beenden, setzte sich in der katarischen Führung die Einsicht durch, dass ein verlässlicher Schutz vor externen Bedrohungen nur durch eine Ausweitung der außenpolitischen Partnerschaften zu erreichen sei. Deswegen versuchen die Al Thani, die außenpolitischen Partnerschaften so breit und divers wie möglich aufzustellen, um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden und so die Integrität des territorialen Hoheitsanspruchs zu schützen.

Bei diesem Vorgehen handelt es sich um eine historische Konstante: Dies zeigen die Zweckbündnisse zwischen den Al Thani und den Briten sowie dem Osmanischen Reich ebenso wie die widersprüchlichen und ambivalenten Beziehungen zu den arabischen Golfmonarchien, zu Iran oder der Türkei, die oftmals von Konflikten, aber eben auch von Kooperation geprägt waren. Diese Strategie der außenpolitischen Diversifizierung intensivierte sich direkt nach der offiziellen Unabhängigkeit 1971, indem Katar rasch die Aufnahme in verschiedene multilaterale Foren und Organisationen beantragte, um sich als integraler Bestandteil der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren.

Mit diesem Kurs ging eine enge Anbindung an den Westen – insbesondere an die USA – einher. So gelang es Emir Hamad, dem Vater des jetzigen Emirs Tamim, 2003 die USA davon zu überzeugen, ihre größte Militärbasis in der Region von Saudi-Arabien nach Katar zu verlegen. 2022 erklärte US-Präsident Joe Biden den Golfstaat zu einem wichtigen Verbündeten außerhalb der NATO. Ein großer Erfolg, denn aufgrund seiner geringen Größe ist Katar nicht in der Lage, eine eigene schlagkräftige Armee gegen externe Bedrohungen aufzubauen, und ist daher abhängig von internationalen Allianzen und Partnerschaften.



Enges Verhältnis: US-Präsident Joe Biden (r.) trifft Emir Tamim Al Thani (l.) am 31. Januar 2022 im Oval Office des Weißen Hauses in Washington, D.C.

Gleichzeitig fürchten die Golfmonarchien einen Rückzug der USA aus der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Darauf reagieren sie, indem sie sich anderen Partnern wie beispielsweise China zuwenden, ohne ihre enge Bindung an Washington aufgeben zu wollen.

Katar verfügt über 12,5 Prozent der weltweiten Gasreserven und ist zum wichtigsten Exporteur von Flüssiggas (LNG) aufgestiegen. 92 Prozent der Export- und 56 Prozent der Staatseinnahmen stammen aus dem Gasverkauf, der zur Grundlage des katarischen Wohlstands geworden ist. Heute gilt der arabische Staat mit einem kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 85 300 US-Dollar als eines der reichsten Länder der Welt (Deutschland zum Vergleich: 50 900 US-Dollar). Basierend auf den Einnahmen aus der Erdgasproduktion konnte Katar in den vergangenen Jahren in internationale Märkte investieren und hat dadurch seine wirtschaftlichen Partnerschaften in verschiedenen Geschäftsbereichen ausgebaut. Die wichtigsten Abnehmerländer des katarischen Gases befinden sich in Asien, sodass Katar neben seiner Konzentration auf westliche Märkte insbesondere Geschäftsbeziehungen zu Japan, Südkorea und China pflegt.

Bereits seit Beginn der 2000er-Jahre, aber insbesondere unter Emir Tamim positioniert sich der Staat als Drehscheibe des internationalen Handels, die ausländischen Unternehmen die Möglichkeit bietet, sich in einer ressourcenreichen und im weltweiten Handel überaus relevanten Region zu positionieren.

ren. Dass hierbei nicht nur die Partnerschaft mit US-amerikanischen, asiatischen oder europäischen Partnern Teil dieser Strategie ist, zeigt das entgegenkommende Verhältnis zu Iran: Da sich Katar mit der Islamischen Republik das größte Gasfeld der Erde teilt, müssen beide Staaten vertrauensvoll miteinander kooperieren, um von den Ressourcen des Gasfeldes zu profitieren.

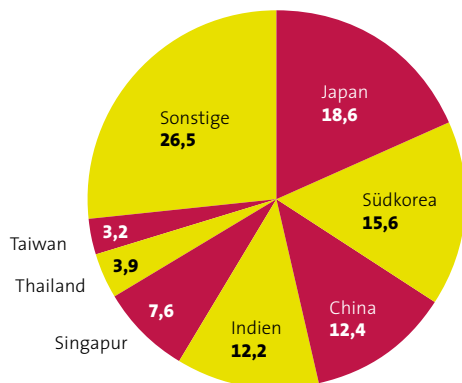
Politisch hat sich Katar zudem den nicht unkritischen Ruf erworben, auch mit Akteuren zu sprechen, die international umstritten sind. Dazu gehören etwa die afghanischen Taliban, die palästinensische Hamas oder andere islamistische Gruppen. Katar organisierte in Doha die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban und bot auch europäischen und US-amerikanischen sowie iranischen Unterhändlern im Juni 2022 eine Plattform, um die ins Stocken geratenen Gespräche zur Wiederbelebung des Abkommens um das iranische Atomprogramm wieder aufzunehmen. Nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan im Sommer 2021 hatte es Katar afghanischen Geflüchteten ermöglicht, das Land nach der Machtübernahme der Taliban zu verlassen. Außerdem stellte Katar der internationalen Gemeinschaft die notwendige Logistik und Infrastruktur zur Verfügung.

In vielen weiteren Regionalkonflikten wie im Libanon und Palästina oder zwischen Sudan und Eritrea verhandelte Katar diplomatische Lösungen und kultivierte das Image eines „ehrlichen Maklers“. Außerdem unterstützte das Emirat die USA mit mehr als 8 Milliarden US-Dollar für militärische Einsätze in Afghanistan, Irak und Syrien zwischen 2002 und 2019 und stellt verstärkt finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe sowie technische Kapazitäten in der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

Diese Strategie der außenpolitischen Diversifizierung dient dabei in allererster Hinsicht dem Schutz der eigenen Stabilität: Indem sich Katar in der Region sowie in der Welt mit unterschiedlichsten Partnern vernetzt und verständigt, sorgt es zum einen für größere diplomatische Sicherheit und grenzt sich zum anderen gegen seine Nachbarn Saudi-Arabien und die VAE ab, die gerade in den vergangenen Jahren eine im Vergleich zu Katar interventionistische und polarisierende Außenpolitik verfolgt haben. Mit dieser Politik der pragmatischen Zurückhaltung strebt die katarische Führung danach, die eigene Reputation und Machtposition innerhalb und außerhalb der eigenen Landesgrenzen zu konsolidieren, sich als unersetzlicher Partner in der internationalen Mediation zu präsentieren

Katars Hauptabnehmerländer

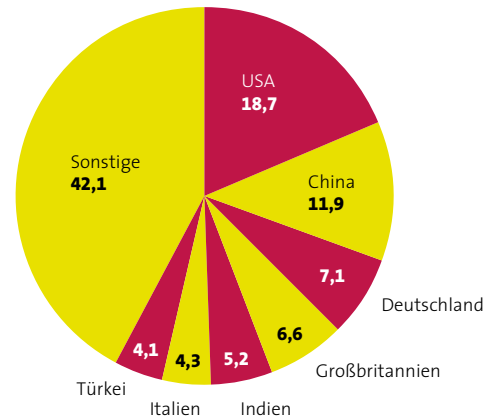
(2019; Anteil in %)



Germany Trade and Invest

Katars Hauptlieferländer

(2019; Anteil in %)



Germany Trade and Invest



Katar teilt sich mit Iran das weltweit größte Gasfeld. Hier liegt mehr Gas als in allen anderen bekannten Gasfeldern zusammen, Ras Laffan 2017.



Umstrittene Partnerschaft: Katars Außenminister Abdulrahman Al Thani (r.) im August 2021 mit Mullah Baradar (l.), dem Leiter des politischen Büros der Taliban

und damit die eigene Relevanz als Plattform und Netzwerker zu erhöhen. Diese Maßnahmen nutzen der katarischen Herrscherfamilie – und insbesondere Emir Tamim – dazu, seine eigene Strahlkraft als „Schutzpatron der katarischen Nation“ zu erhöhen.

Katar und die Nachbarn: ein schwieriges Verhältnis

Unter Emir Hamad (reg. 1995 bis 2013) versuchte Katar, nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2010/11 eine interventionistische und pro-aktive Außenpolitik zu verfolgen, was sich vor allem in der finanziellen, politischen und ideologischen Unterstützung von Islamisten in der arabischen Welt niederschlug. So ergriff Katar nach dem Putsch in Tunesien Partei für die islamistische Ennahda-Partei, bei der es sich um einen Ableger der ägyptischen Muslimbrüder handelt, die in Ägypten nach dem Sturz des langjährigen Diktators Husni Mubarak die Regierungsgeschäfte unter Muhammad Mursi übernahmen. Gleichzeitig half Katar in Libyen den Gegnern des langjährigen Machthabers Muammar al-Gaddafi, diesen zu stürzen. Allerdings bedrohte das pro-islamistische Vorgehen Katars die Nachbarmonarchien Saudi-Arabien und die VAE, die im aufkommenden Islamismus eine direkte Bedrohung ihrer Herrschaft sahen. Demokratische Wahlen in Ägypten und Tunesien, von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragene Proteste und zunehmend gewalttätige Widerstände in Syrien und Je-

men führten zu einer rigiden Gegenreaktion dieser Golfstaaten, die sich auch gegen Katar richtete.

2014 kam es zu einem ersten diplomatischen Bruch zwischen Katar und seinen Nachbarn Saudi-Arabien, den VAE und Bahrain. Katar wurde aufgefordert, den eigenen pro-islamistischen Kurs sowie die Partnerschaft mit Iran zu beenden, den Fernsehsender Al Jazeera zu schließen und sich den geostrategischen Interessen der anderen Golfstaaten zu beugen. Zwar wurde diese Krise offiziell rasch beigelegt, doch die tieferliegenden Differenzen konnten nicht gelöst werden. Im Juni 2017 begannen daher Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Ägypten eine umfassende Land-, See- und Luftblockade gegen Katar, zogen erneut ihre Botschafter ab und forderten ihre Staatsangehörigen auf, Katar umgehend zu verlassen. Ähnlich wie 2014 war es das Ziel des Blockadequartetts, die katarischen Regionalambitionen einzudämmen, die Beziehungen zu Iran und die Unterstützung islamistischer Gruppen zu beenden.

In dieser Krise zeigte sich die Nachhaltigkeit der katarischen Diversifizierungsstrategie: Da Katar als Plattform und Drehscheibe der internationalen Wirtschaft und der Diplomatie mittlerweile immense globale Bedeutung erlangt hatte, gelang es den Blockadestaaten nicht, die wirtschaftliche und politische Isolation Katars aufrechtzuerhalten, was schlussendlich zu einer Beilegung des Konflikts im Januar 2021 führte. Katar war es mithilfe seiner regionalen und internationalen Partnerschaften gelungen, die See- und Landblockade zu umgehen: So glückte die Türkei durch die Blockade entstandene Lieferengpässe aus, wodurch sich der wirtschaftliche Schaden für Katar in Grenzen hielt, und entsandte 5000 Soldaten nach Katar. Auch Iran bot Unterstützung an und öffnete den eigenen Luftraum für katarische Flugzeuge. Anstatt dem Druck der Nachbarn nachzugeben, diversifizierte Katar also seine politischen Partnerschaften, erschloss neue Handelsrouten und aktivierte seine internationalen Netzwerke. Infolgedessen gelang es den Blockadestaaten nicht, Zugeständnisse zu erzwingen, zumal weder die USA unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump noch die EU bereit waren, die harschen Maßnahmen mitzutragen.

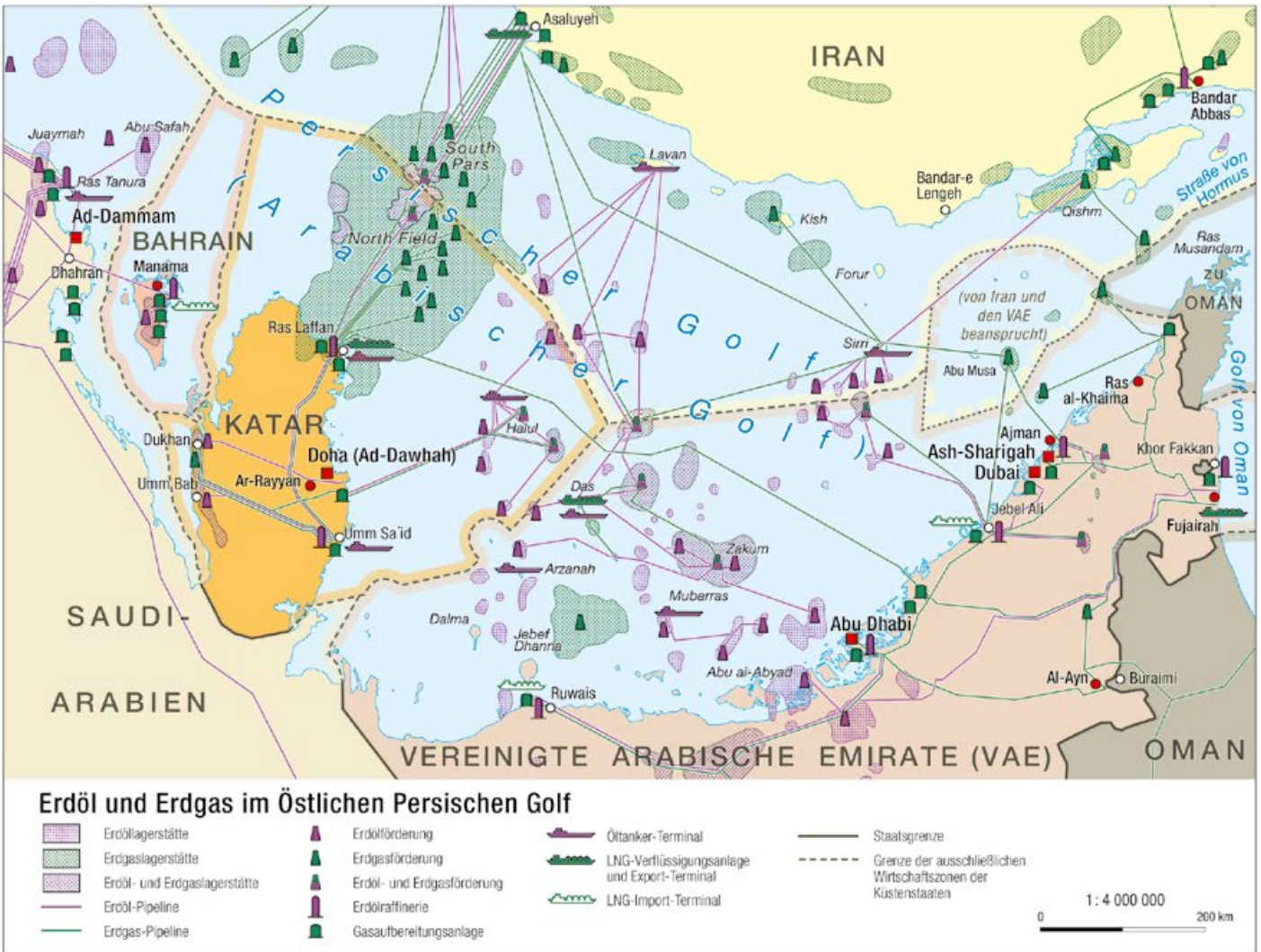
Insbesondere die VAE scheinen die Isolation Katars aus strategischem Interesse vorangetrieben zu haben: Während der Blockade ging es den Emiraten zum einen darum, Katars wirtschaftlichen Erfolg aufzuhalten. Beide Staaten verfolgen einen ähnlichen wirtschaftspolitischen Kurs und verstehen sich als internationale Drehscheiben des Handels und der Finanzen sowie als attraktive Tourismusziele. Da allerdings das emiratische Geschäftsmodell durch die Finanzkrise 2008/09 gelitten hatte, was sich insbesondere auf die Finanzhochburg Dubai negativ ausgewirkt hatte, sah die politische Führung in Abu Dhabi in der Blockade gegen Katar eine Chance, dem wichtigsten regionalen Kontrahenten zu schaden.

Zum anderen scheint es sich bei dem Konflikt auch um eine persönliche Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Machthabern gehandelt zu haben: Der einflussreiche saudische Kronprinz Muhammad bin Salman sowie der Kronprinz und heutige Präsident der VAE Muhammad bin Zayed Al Nahyan scheinen den persönlichen Aufstieg des katarischen Emirs Tamim als indirekte Bedrohung ihrer eigenen Machtposition begriffen zu haben, weswegen sie mit der Blockade auch dessen Reputation schwächen wollten. Dieses Ansinnen schlug jedoch fehl. Während der Blockade entstand ein regelrechter Personenkult um den Emir, der als „Tamim der Große“ seine Popularität nicht nur bei der eigenen Bevölkerung, sondern auch bei vielen gut ausgebildeten Arbeitskräften aus den USA und Europa verbessern konnte.

Katar - Wirtschaft, Grenzen, Verkehr und Tourismus



Katar als Global Player - Rohstoffe, Auslandsinvestitionen, Fußball



Auslandsinvestitionen Katars und die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar 2022





Schwieriges Verhältnis, aber dennoch ein wichtiger Handelspartner: Kanzler Olaf Scholz (r.) mit Emir Tamim Al Thani im Mai 2022 bei einer Pressekonferenz in Berlin.

Katar konnte sich auch deswegen während der Blockade behaupten, da es durch die WM international zu wichtig geworden war, und viele Partner aus Politik und Wirtschaft den WM-Standort und damit ihre Investitionen und Verträge nicht gefährden wollten. Im Januar 2021 beendeten die Golfstaaten auch aus diesem Grund offiziell ihre Streitigkeiten. In der historischen saudischen Stätte al-Ula unterzeichneten der Emir Tamim und der saudische Kronprinz gemeinsam mit hochrangigen Repräsentanten aus den anderen Golfstaaten VAE, Oman, Bahrain, Kuwait sowie Ägypten die sogenannte Al-Ula-Erklärung. Darin betonten sie die „Brüderlichkeit“, die gegenseitige „Solidarität“, um ihre Souveränität zu bewahren und Konfrontation sowie Einmischung in interne Angelegenheiten in Zukunft zu vermeiden. Es wurde weiterhin beschlossen, die Blockade aufzuheben und internationale Rechtsstreitigkeiten innerhalb eines Jahres zu lösen sowie die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Katar hat zwar seitdem weder seine pragmatischen Beziehungen zu Iran reduziert noch Al Jazeera geschlossen. Allerdings bemüht sich Katar insbesondere gegenüber Saudi-Arabien, die Beziehungen öffentlichkeitswirksam zu verbessern: So fanden seit Januar 2021 mehrere Treffen zwischen dem katarischen Emir und dem saudischen Kronprinzen statt, außerdem vereinbarten beide Länder eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit.

Während sich die Beziehungen zum Königreich somit wieder normalisieren konnten, besteht die Rivalität mit den VAE jedoch fort. Insbesondere die sich durch den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie verschärfende globale Rezession schwächt die Investitionsstandorte beider Staaten. Da sich deren Geschäftsmodelle ähneln, werden sie auch in Zukunft miteinander um Investitionen, Großaufträge und wirtschaftliche Partnerschaften konkurrieren.

Deutschland und Katar: eine problematische Partnerschaft

Katar und die Bundesrepublik Deutschland unterhalten seit Januar 1973 – kurz nach der Unabhängigkeit des Emirats – diplomatische Beziehungen, die vor allem auf wirtschaftlichem Austausch beruhen. 2019 rangierte die Bundesrepublik als dritt-wichtigster katarischer Handelspartner hinter den USA und China und exportierte Waren im Wert von 1,5 Milliarden Euro. Deutsche Firmen engagieren sich vor allem im Anlagenbau, in

der Energieerzeugung und Bauwirtschaft, im Dienstleistungssektor sowie der Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere nach der WM-Vergabe profitierten deutsche Unternehmen von lukrativen Aufträgen bei der Stadionplanung und dem Bau von WM-relevanter Infrastruktur. Insgesamt sind 150 deutsche Unternehmen vor Ort aktiv.

Außerdem war Katar in den vergangenen Jahren ein wichtiger Käufer deutscher Rüstungsgüter: Mit 6,1 Milliarden Euro floss fast ein Drittel aller deutschen Rüstungsexporte 2019 nach Katar, die VAE und Saudi-Arabien sowie andere arabische Staaten wie Ägypten oder Algerien. 2019 wurden an Katar Kriegswaffengenehmigungen in Höhe von 109,5 Millionen Euro erteilt, das damit an vierter Stelle hinter Ägypten, Indonesien und Korea rangierte. Insgesamt beliefen sich die Rüstungslieferungen in diesem Jahr auf 236 Millionen Euro, darunter neben Waffenlieferungen auch Munition, gepanzerte Fahrzeuge und militärische Ausrüstung. Katar lag damit auf Platz 9 der wichtigsten Empfängerstaaten von deutschen Rüstungslieferungen.

Während deutsche Unternehmen Katar als attraktiven, zahlungswilligen und verlässlichen Markt im Nahen und Mittleren Osten betrachten, bewegen sich die Importe aus dem Golfstaat auf niedrigem Niveau. Da Deutschland bislang kaum Flüssiggas aus Katar einführt, betrug das Volumen der katarischen Exporte nach Deutschland 2020 nur 0,2 Milliarden Euro. Katar rangierte damit auf Platz 87 von 239 deutschen Einfuhrpartnern. Der Hauptteil der Importe – 48,4 Prozent – entfällt dabei auf den petrochemischen Bereich, gefolgt von chemischen Erzeugnissen in Höhe von 28,4 Prozent. Darüber hinaus hat sich Katar als wichtiger Investor in Deutschland etabliert, wie Unternehmensbeteiligungen an Volkswagen, Porsche, Hapag-Lloyd oder der Deutschen Bank zeigen.

Auf politischer Ebene wird Katar als wichtiger, aber problematischer Partner betrachtet: Auf der einen Seite erfährt das Land aufgrund seiner außenpolitischen Diversifizierung immer größere regionale Bedeutung. Dies zeigte sich nicht zuletzt im Sommer 2021 bei der Evakuierung von afghanischen Ortskräften, die für die Bundeswehr gearbeitet hatten, und bei der Katar Deutschland unterstützte. Die Bundesregierung betrachtet Katar zudem als wichtigen und einflussreichen Regionalakteur, der als Vermittler und Netzwerker ein relevanter Ansprechpartner bei regionalen Konflikten wie jenen in Syrien, Libyen oder Jemen sowie beim Migrationsmanagement ist. Andererseits werden die fortbestehenden Verbindungen zu islamistischen Gruppierungen wie der Hamas oder den Muslimbrüdern kritisch betrachtet und haben in der Vergangenheit eine strategische Zusammenarbeit erschwert. Zwar empfing Kanzlerin Angela Merkel den Emir Tamim 2014 und 2018 zu Staatsbesuchen in Berlin und betonte in diesem Rahmen die enge Partnerschaft, allerdings entstanden in den Folgejahren weder enge politische Kooperationen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch in der Entwicklungszusammenarbeit.

Durch die sich verschärfende Situation bei der Energiesicherheit im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 haben sich vor allem die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Katar intensiviert. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck reiste im März 2022 nach Doha und besuchte dort eine „Energiepartnerschaft“ an. Ziel dieser Vereinbarung war es, zukünftig Flüssiggas und Wasserstoff aus Katar zu erhalten, um sich aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas zu lösen. Im Mai 2022 traf sich Emir Tamim mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin, im September traf der Kanzler den Emir in Doha.



Die Stadien für die Fußball-WM der Männer 2022 wurden von Arbeitsmigranten gebaut. Renovierung des Khalifa-Stadium in ar-Rayyan im März 2016: Hier wird unter anderem das Spiel um Platz 3 der WM 2022 ausgetragen.

Arbeitsmigration und Menschenrechte

Katars wirtschaftliche Modernisierung ist eng mit der Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus anderen arabischen Ländern, Afrika und Asien verknüpft. Die Region der arabischen Halbinsel wird seit Jahrhunderten von Migrationsbewegungen zwischen dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Asien geprägt, die sich zu einer historischen Konstante entwickelt haben. Enge wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen der arabischen Küstenregion des Persischen Golfes mit Ostafrika oder dem indischen Subkontinent ermöglichen seit Jahrhunderten einen regen Waren- und Ideenaustausch. Nach der Entdeckung der umfangreichen Öl- und Gasressourcen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erfuhren die sogenannten Vertragsstaaten, die unter britischem Protektorat standen und zu denen auch das heutige Katar gehörte, einen wirtschaftlichen Aufschwung, der den Bedarf an Arbeitsmigrantinnen und -migranten drastisch ansteigen ließ.

Heute ist jede und jeder Zehnte aller weltweiten Migrantinnen und Migranten in den Golfstaaten beschäftigt, sodass der Migrationskorridor zwischen den Entsenderegionen in Asien und Afrika in die Golfregion zu den wichtigsten der Welt gehört. Verfügte das heutige Staatsgebiet von Katar 1950 nur über 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner, lag die Bevölkerungszahl 2010 – dem Jahr der WM-Vergabe – bei 1,7 Millionen und stieg bis 2013 auf 2,1 Millionen. Zwischen 1996 und 2019 wuchs die Bevölkerung um 18 Prozent. Mit der Vergabe der WM im Jahr 2010 hat sich der Bedarf an Arbeitskräften im Bausektor nochmals deutlich erhöht, sodass zwischenzeitlich bis zu 1 Million Arbeitsmigrantinnen und -migranten auf den WM-Baustellen und anderer WM-relevanter Infrastruktur arbeiteten. In Katar lebten 2018 etwa 2,8 Millionen Menschen, davon besaßen über 2,2 Millionen nicht die katarische Staatsangehörigkeit.

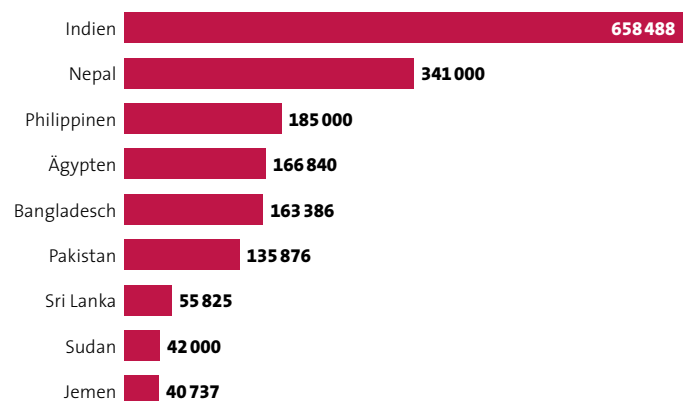
Somit beträgt der Anteil an Migrantinnen und Migranten 78,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, wovon nur 17,2 Prozent Frauen sind, die vor allem im häuslichen Bereich arbeiten. Die meisten Arbeitsmigrantinnen und -migranten in Katar stammen 2018 aus Indien, Nepal, den Philippinen, Ägypten, Bangladesch und Pakistan. Weitere relevante Herkunftsländer sind Sri Lanka, Jemen, Kenia, Nigeria, Sudan und Uganda. Der Großteil arbeitet im Niedriglohnsektor im Baugewerbe oder im Dienstleistungsbereich sowie als Hausangestellte im Privatsektor.

Nach der Vergabe der WM an Katar im Jahr 2010 entzündete sich an der rechtlichen und politischen Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten eine kontroverse Diskussion, die vor allem die vielfältigen Missstände im Migrationssystem kritisierte. Dabei handelt es sich um unregulierte Arbeitszeiten in sengender Hitze ohne entsprechende Schutzmaßnahmen auf vielen Baustellen, was die Gefahr für Unfälle erhöht. Viele Migrantinnen und Migranten leben unter katastrophalen hygienischen Bedingungen in Arbeitscamps auf engstem Raum in Barracken, die weder über Trinkwasser- noch über Stromversorgung verfügen. Jahrelang litten vor allem Hausangestellte unter der Willkür ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, da sie nicht unter rechtlichem Schutz standen und daher häufig Opfer von Misshandlungen oder Vergewaltigungen, Schlaf- und Essensentzug oder fehlender medizinischer Versorgung im Krankheitsfall wurden. Oftmals werden Löhne nur unregelmäßig oder gar nicht gezahlt, was die finanzielle Misere der Arbeitsmigrantinnen und -migranten noch erhöht. Die Gründung von Gewerkschaften für ausländische Arbeitskräfte ist untersagt.

Strukturelle Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten und asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebenden und den Arbeitsmigrantinnen und -migranten existieren nicht erst seit der WM-Vergabe, sondern haben sich jahrzehntelang in allen Golfmonarchien etabliert. Sie rückten aber im Zuge der WM-Berichterstattung immer stärker in den Fokus der (europäi-

Wichtigste Migrantengruppen in Katar

nach Herkunftsland, 2018



The Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD)



Die Unterbringung der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten führt immer wieder zu Kritik: In ihrer Unterkunft nahe Doha teilen sich 6 philippinische Arbeiter einen 10 m² großen Raum, März 2016.

schen) Öffentlichkeit, wie die Diskussion um die Zahl der Todesopfer auf katarischen WM-Baustellen zeigt: Medien gehen von 6500 bis zu 15000 Toten aus. Diese Zahlen wurden aber weder von der Regierung in Katar noch vom Weltfußballverband FIFA bestätigt, sondern stattdessen als Diffamierungskampagne abgetan. Insbesondere bei der Erhebung von transparenten Daten zu den Todesursachen und den absoluten Zahlen zeigen sich gravierende Lücken, da die Regierung in Doha keine umfassenden Informationen bereitstellt und die Statistiken unzureichend sind. So schätzt Amnesty International, dass bis zu 70 Prozent aller Todesfälle nicht eingehend untersucht werden und auf Totenscheinen pauschal natürliche Todesursachen angegeben werden.

Grundlage der strukturellen Ausbeutung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten ist das sogenannte Kafala-System („Bürgerschaftssystem“). Strukturelle Gewalt findet dabei im Rahmen eines grenzübergreifenden Netzwerks statt, das bereits in den Heimatländern der Arbeitsmigrantinnen und -migranten beginnt und von dem viele Akteure profitieren: Die meisten Arbeitssuchenden aus Südasien wenden sich vor ihrer Ausreise an oftmals nicht registrierte und kriminelle Rekrutierungsagenturen, die sie an ihre neuen Arbeitgeber (*kafil*, „Bürgen“) vermitteln. Diese Agenturen sind zudem für die Visa-Vergabe zuständig und verlangen für ihre Dienstleistungen oftmals sehr hohe Gebühren, die die Migrantinnen und Migranten in die Verschuldung treiben.

Zwar besteht in vielen Entsendestaaten politischer Druck, die irregulären und intransparenten Rekrutierungsprozesse besser zu kontrollieren, indem sich die Agenturen offiziell registrieren müssen. Doch die Erfolge bleiben vor allem in südasiatischen Herkunftsländern marginal: Stattdessen hat sich ein komplexer und intransparenter Markt an nicht registrierten Rekrutierungsagenturen entwickelt, die ein mafia-ähnliches Anwerbensystem aufgebaut haben. Insbesondere un- oder angelernte Arbeitskräfte werden oft Opfer von Menschenhändlern, da sie weder über ausreichende Informationen noch über die finanziellen Ressourcen verfügen, um offizielle Rekrutierungskanäle zu wählen. Es gibt Berichte, dass potenzielle Arbeitskräfte vor ihrer Ausreise von Rekrutierungsagenten gezwungen werden, Drogen zu schmuggeln. Außerdem schließen die Agenten mit der Mehrzahl der interessierten Menschen bereits vor ihrer Ausreise Arbeitsverträge ab, in denen ihnen unterdurchschnittliche Gehälter angeboten werden, was von den meisten aufgrund mangelnder Sprach- oder Lesekenntnisse nicht erkannt wird.

In vielen Fällen werden die Löhne auch bewusst in einer anderen Währung als besprochen angegeben, sodass deutlich geringere Gehaltszahlungen geleistet werden müssen. Weiterhin hat sich mit „*Go now, pay later*“ eine Praxis etabliert, in der die Agentur die Kosten für die zu vermittelnden Migrantinnen und Migranten im Vorfeld übernimmt, diese aber von deren Gehalt abzieht, was zwar die Auswanderung erleichtert, die Verschuldung allerdings zu einer kontinuierlichen Belastung werden lässt. 67 Prozent der zukünftigen Migrantinnen und Migranten müssen sich bei Verwandten oder Bekannten verschulden, ein Drittel veräußert das wenige Eigentum oder nimmt Kredite mit hohen Zinsen bei lokalen Geldleihern auf, um die Migrationskosten bezahlen und sich die Ausreise leisten zu können.

Damit begeben sich die ausländischen Arbeitskräfte jedoch in eine dreifache Abhängigkeit: Sie stehen nicht nur bei der Agentur und ihren zukünftigen Sponsoren in der Verpflichtung, sondern auch bei ihren Verwandten, denen sie Geld schulden. So liegen die Migrationskosten bei ungelerten Arbeitskräften im Durchschnitt bei etwa 30 Prozent des in den ersten zwei bis drei Jahren verdienten Gesamtlohns. Der hohe Verschuldungsgrad setzt die meisten Arbeitsmigrantinnen und -migranten immens unter Druck, die Missstände nach ihrer Ankunft zu erdulden, da sie bei Beschwerden fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder abgeschoben zu werden und damit die Erwartungen ihrer Angehörigen nicht erfüllen zu können. Dieser emotionale Druck führt dazu, dass sich viele aus Scham und Unwissenheit nicht bei ihren jeweiligen Konsulaten oder Botschaften über etwaige Missstände beschweren. Immerhin sind sie mit ihren Gehältern verantwortlich für ihre daheimgebliebenen Angehörigen, die von den sogenannten Rücküberweisungen abhängig sind. In vielen Entsendeländern leisten diese Geldtransfers einen relevanten Beitrag zur Existenzsicherung.

Viele Migrantinnen und Migranten und ihre daheimgebliebenen Familien befinden sich außerdem in einer widersprüchlichen Lebenswirklichkeit, da sie im Aufnahmeland nur temporär geduldet sind und sie deshalb die engen Bindungen an die Heimat nicht aufgeben wollen, obwohl sie mitunter einen Großteil ihres Lebens fernab der Heimat verbringen. Migration wird somit zu einem Status der „dauerhaften Vergänglichkeit“: In der Regel leben und arbeiten die Menschen – oftmals jahrzehntelang – in einer kulturell fremden Heimat ohne ihre Familien, sehen diese sehr selten und kommunizieren ansonsten zumeist über soziale Netzwerke. Dies hat massive Auswirkungen auf den Familienzusammenhalt, da die Abwesenheit zu-

Rücküberweisungen aus den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates

(in Mio. US-Dollar)

Land	2017	2018	2019	2020
VAE	44 753	46 085	44 976	43 240
Katar	12 759	11 558	11 964	10 744
Kuwait	13 760	14 347	18 855	17 357
Oman	9 815	9 958	9 134	8 772
Bahrain	2 466	3 269	n/a	n/a
Saudi-Arabien	36 119	33 882	31 197	34 596
Gesamt	119 672	119 099	116 126	114 709
Weltweit	467 300	492 865	498 773	471 503

The Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD)

Weltweite Rücküberweisungen in ausgewählte Entsendestaaten

(in Mio. US-Dollar)

Land	2018	2019	2020	2021	Anteil am BIP (in %)
Ägypten	25 516	26 781	29 603	33 333	8,4
Tunesien	1 902	2 050	2 367	2 195	5,1
Marokko	6 919	6 963	7 419	9 273	7,4
Pakistan	21 193	22 252	26 108	33 000	12,6
Sri Lanka	7 043	6 749	7 140	6 700	8,3
Nepal	8 287	8 244	8 108	8 500	24,8
Indien	78 790	83 332	83 149	87 000	3,0
Bangladesch	15 566	18 364	21 750	23 000	6,5
Philippinen	33 809	35 167	34 913	36 240	9,4

The Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD)

meist männlicher Angehöriger das Geschlechterverhältnis in den Herkunftsländern fundamental verändern kann.

Die katarische Regierung schien in den ersten Jahren nach der WM-Vergabe überfordert und unwillig, auf die internationale Kritik an diesen umfangreichen Missständen zu reagieren. Insbesondere dem damaligen Emir Hamad, Vater des jetzigen Emirs Tamim, war offenbar die Brisanz dieser Kontroverse nicht bewusst gewesen, sodass die katarische Öffentlichkeitsstrategie internationalen Medien, Menschenrechtsorganisationen und politische Delegationen die Einreise ins Land untersagte sowie Einschüchterungskampagnen initiierte, um die internationale Kritik abzuschwächen. Doch dieses Vorgehen blieb weitgehend erfolglos. Deswegen änderte sich unter Emir Tamim die Strategie.

Ab 2017 reagierte die Regierung auf den internationalen medialen, wirtschaftlichen und politischen Druck und führte erste Reformen im Arbeitsrecht ein. Allerdings stehen diese formalen Verbesserungen in krassem Widerspruch zur mangelhaften Umsetzung: Noch immer leiden Arbeitsmigrantinnen und -migranten unter inakzeptablen hygienischen Bedingungen, rechtlichen Benachteiligungen und nicht ausgezahlten Löhnen. Trotz anderslautender Bekundungen ist das Kafala-System weder in Katar noch in den anderen Golfstaaten ersatzlos abgeschafft worden. Amnesty International konstatierte im April 2022, dass in sechs von acht Firmen der privaten Sicherheitsbranche noch immer Arbeitsbedingungen vorherrschen, die der Definition

von Zwangsarbeit der *International Labour Organization* (ILO) entsprechen. Immer noch können von Arbeitgeberseite die Verträge sehr einfach gekündigt werden, was dazu führt, dass die entlassenen Arbeitskräfte nach spätestens 90 Tagen das Land verlassen haben müssen, sonst droht ihnen eine Gefängnisstrafe von maximal drei Jahren. Vergehen von Unternehmen bei der Zahlung der Mindestlöhne werden hingegen nur mit geringen Geld- bzw. Haftstrafen geahndet.

Die Inspektionen wurden zwar verbessert, konzentrierten sich aber vor allem auf die WM-Baustellen, während bei anderen, weniger in der Öffentlichkeit stehenden Infrastrukturprojekten die Arbeitsschutzmaßnahmen kaum kontrolliert wurden. So betrafen diese Maßnahmen nur 28 000 der in Katar arbeitenden Migrantinnen und Migranten und damit nur einen Bruchteil von 1,5 Prozent. Im Falle von Beschwerden von Migrantinnen und Migranten bei Lohnverzögerungen dauern die Verfahren meistens sehr lange, was den Druck auf die Betroffenen erhöht, ihre Klagen zurückzuziehen. Oftmals zahlen die Unternehmen trotz der Erhöhung des Mindestlohns zu niedrige Gehälter.

Durch den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie haben sich viele dieser strukturellen Benachteiligungen noch verstärkt: Im Zuge der pandemiebedingten Ausgangssperren erhielten viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten keine Löhne mehr, da Bauarbeiten und Aufträge gestoppt wurden. In Katar tätige Unternehmen beauftragen oftmals Subunternehmen, die teilweise die Rekrutierungsgebühren an die Migrantinnen und Migranten weiterleiten. Dies führt oftmals zu Lohnausfällen, da sich in Katar die „Pay when paid“-Praxis etabliert hat, in der Unternehmen erst dann die Gehälter auszahlen, wenn sie die Zahlungen von denjenigen, die sie beauftragt haben, erhalten haben.

Migrantinnen und Migranten klagten während der Lockdowns über unzumutbare Bedingungen in ihren Unterbringungen, da ihnen weder Lebensmittel noch eine gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt worden waren. In der einheimischen Bevölkerung verschärfte sich außerdem die Vorbehalte gegenüber den Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die als „Superspreader“ des Virus stigmatisiert wurden, was in einer Zunahme der sozialen Isolation resultierte. Hausangeestellte wurden wieder häufiger Opfer von Misshandlungen, da Inspektionen während des Lockdowns nicht stattfinden konnten. Hunderttausende verloren ihre Arbeitsplätze und mussten das Land verlassen, was allerdings aufgrund der Reiserestriktionen zeitweise nicht möglich war. Auch Impfungen waren für diese Menschen aufgrund von langen Wartezeiten und fehlenden Informationen zu Impfböden zeitweise nicht möglich.

Erst langsam setzte in Katar eine öffentliche Debatte über die Auswirkungen der Pandemie auf die Migrantinnen und Migranten ein: So entschied die Regierung in Doha, dass Arbeitgeber auch in Quarantänefällen den vollen Lohn auszahlen und Lebensmittel sowie Wasser zur Versorgung zur Verfügung stellen müssen. Beschwerdehotlines und Aufklärungskampagnen wurden gestartet, um die Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser über ihre Rechte während der Pandemie aufzuklären.

Eine konsequente Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen scheitert aber auch daran, dass viele unterschiedliche Akteure inner- und außerhalb Katars von der Ausbeutung der Migrantinnen und Migranten profitieren. Katar fungiert neben den anderen arabischen Golfmonarchien nicht nur als eines der wichtigsten Empfängerländer von Süd-Süd-Migration, sondern auch als relevante Quelle internationaler Rücküberweisungen. Insgesamt betrug das Volumen der Rücküberweisungen aus dem Golfstaat 2020 10,7 Milliarden US-Dollar. Damit liegt Katar innerhalb der Mitgliedsstaaten des Golfko-

Das Kafala-System

Traditionell beruht das katarische Migrationssystem auf dem Kafala-System. Es bietet den Hintergrund für das Arbeitsverhältnis zwischen den Arbeitgebenden (den Bürgen) und den Arbeitnehmenden (den Arbeitsmigrantinnen und -migranten), das ein asymmetrisches Machtgefüge bildet: In ihm besitzt der Bürge (*kafil*) eine enorme Verfügungsgewalt, da er den Arbeitskräften u. a. den Reisepass abnehmen, deren Bewegungsfreiheit kontrollieren und vertragliche Absprachen modifizieren kann bzw. lange Zeit konnte.

Die Ursprünge des Kafala-Systems sind umstritten: Es wird zum einen auf eine beduinische Tradition zurückgeführt, Fremden Schutz und Obdach zu gewähren. Zum anderen wird argumentiert, dass die Entwicklung des Kafala-Systems auf die britische Kolonialherrschaft in den sogenannten Vertragsstaaten, den kleineren arabischen Golfmonarchien zurückzuführen ist. Die britische Kolonialverwaltung kontrollierte in Katar und anderen Golfstaaten seit den 1920er-Jahren und vor allem nach Beginn der kommerziellen Öl- und Gasproduktion bis in die 1970er-Jahre die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften entweder selbst oder delegierte das Rekrutierungsrecht an lokale Akteure. Mit der Einrichtung von Passkontrollen und der Einführung von Staatsbürgerschaftsgesetzen wurde das Kafala-System ein integraler Bestandteil der indirekten Herrschaft des britischen Empires am Persischen Golf.

Das System beruht auf der Exklusion bestimmter Bevölkerungsschichten, um den Kreis der Profiteure staatlicher Zuwendungen zu begrenzen und die Einnahmen aus den raren Ressourcen an einen exklusiven Empfängerkreis zu verteilen. In Katar sowie den anderen Golfstaaten dient das Kafala-System als traditionelles Machtinstrument, das über soziale Hierarchisierung und Zugang zum Arbeitsmarkt bestimmt. Es hat sich ein intransparentes Netzwerk herausgebildet, in dem unterschiedliche Akteure von den im Kafala-System angelegten Ungleichgewichten profitieren, während die Einwandernden vielfach systemischer Diskriminierung unterworfen werden:

Viele Bürgen erwerben das Recht, Arbeitsmigrantinnen und -migranten rekrutieren zu dürfen, obwohl sie nur eine geringere Anzahl für den Eigenbedarf benötigen. Diese zusätzlichen Arbeitskräfte transferieren sie an andere Arbeitgebende gegen eine Vermittlungsgebühr weiter. Aufgrund dieser Praxis des Visahandels (*tasattur*) hat sich in den Golfstaaten ein lukrativer Markt entwickelt, in dem solche „Scheinbürgen“ sogenannte „free visas“ (*azad wiza*) ausstellen und über die Provisionen lukrative Gewinne generieren können.

Dieses Vorgehen führt dazu, dass die nicht-registrierten Migrantinnen und Migranten keine offizielle Aufenthaltsgenehmigung erhalten, weswegen sie jederzeit damit rechnen müssen, inhaftiert oder abgeschoben zu werden. Weiterhin wird ihr im Vorfeld ausgehandelter Vertrag, in dem ihnen ein bestimmtes Gehalt sowie Aufgabengebiet zugesagt wurde, von den neuen Bürgen oftmals nicht akzeptiert, sodass sie deutlich weniger Geld verdienen bzw. in anderen als zuvor abgesprochenen Berufszweigen – häufig unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation – arbeiten müssen.

Die dem Kafala-System inhärenten ungleichen Machtverhältnisse zwingen oftmals die Einwandernden, sich in einen illegalen oder irregulären Status zu begeben. So geraten Personen, deren Arbeitsvertrag ausgelaufen ist oder gekündigt wurde, ebenso in die Irregularität wie Arbeitskräfte in einem regulären Anstellungsverhältnis, die sich ohne Erlaubnis von ihrem Bürgen entfernen.

Viele emigrieren darüber hinaus freiwillig auf illegalem Wege, da sie sich sonst die hohen Migrationskosten nicht leisten könnten. Schmuggel und Menschenhandel führen ebenso in die nicht-dokumentierte Beschäftigung, wie sich ohne reguläre Aufenthaltsgenehmigung (*iqama*) weiter im Land aufzuhalten.

Die katarische Regierung hat im Zuge der anwachsenden internationalen Kritik nach der WM-Vergabe angekündigt, das Kafala-System abzuschaffen, allerdings bestehen Missstände in der Umsetzung weiterhin fort.

operationsrates (GKR) auf Rang 4 hinter den VAE mit 43,2 Milliarden US-Dollar, Saudi-Arabien mit 34,6 Milliarden und Kuwait mit 17,4 Milliarden US-Dollar. Ein Großteil dieser Gelder fließt in afrikanische und asiatische Entsendestaaten, deren fragile Wirtschaften von den Rücküberweisungen abhängig sind. So beträgt der Anteil der Rücküberweisungen am BIP in Nepal 24,8, in Pakistan 12,6, in den Philippinen 9,4, in Ägypten 8,4, in Marokko 7,4 und in Bangladesch 6,5 Prozent. Bei Indien handelt es sich mit einem Volumen von 83 Milliarden US-Dollar 2020 um den größten Empfänger von Rücküberweisungen weltweit. Pakistan und Bangladesch erhielten im selben Jahr 26 Milliarden bzw. 22 Milliarden US-Dollar. Im Fall von Bangladesch werden 85 Prozent der täglichen Ausgaben aus Rücküberweisungen bestritten, und 60 Prozent aller Familien sind vollständig auf die Geldtransfers aus dem Ausland angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Auch in Katar befürchten einflussreiche Unternehmen und Geschäftsleute durch die Reformmaßnahmen Einnahmehinbrüche und stellen sich deswegen gegen eine konsequentere Umsetzung der Gesetze. Die politische Führung Katars nimmt auf solche Beharrungskräfte Rücksicht, um die eigene Legitimi-

tät und die Unterstützung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen nicht zu gefährden. Dies führt häufig zu einem Aushandlungsprozess, in dem die katarische Regierung bei zu viel Kritik Maßnahmen zurücknehmen muss. Weiterhin zielen die katarischen Reformen vor allem darauf ab, die Situation der Migrantinnen und Migranten vor Ort zu verbessern, adressieren aber nicht die Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten und ihrer Angehörigen in den Entsendestaaten.

Es ist davon auszugehen, dass nach Beendigung der WM-relevanten Infrastrukturmaßnahmen ein Exodus an Migrantinnen und Migranten stattfinden wird. Erste Trends ließen sich bereits während der Coronavirus-Pandemie beobachten. Eine Rückkehr dieser Migrantinnen und Migranten wird voraussichtlich hohe Herausforderungen an die Heimatländer mit sich bringen, die zum einen auf den stetigen Strom von Rücküberweisungen angewiesen sind und zum anderen aufgrund ihrer fragilen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage die Rückkehrenden nicht in den Arbeitsmarkt integrieren können. Als Folge droht dort ein Anstieg der sozialen Spannungen und der Arbeitslosigkeit. Allerdings werden solche Ausweisungswellen, die in Zeiten ökonomischer Krisen historisch immer wieder auftraten, den

Reformen im Kafala-System?

[...] Hat der internationale Druck seit der WM-Vergabe vor zwölf Jahren den Alltag der Arbeitsmigrant:innen erleichtert? „Es ist ein wichtiger Prozess eingeleitet worden“, sagt Dietmar Schäfers, Vizepräsident der Bau- und Holzarbeiter Internationalen (BHI). „Auf den WM-Baustellen hat sich einiges verbessert. Aber dort, wo die Öffentlichkeit nicht so genau hinsieht, ist noch viel zu tun.“

[...] Im Zentrum der Kritik stand das sogenannte Kafala-System, das in etlichen Staaten der Golfregion praktiziert wird. Als Bedingung für ihre Einreise erhielten die vorwiegend aus Süd-asien stammenden Arbeiter:innen einen Bürgen, der ihre Reisepässe einbehalten, ihre Ausreise erschweren, ihren Jobwechsel verhindern konnte. Offiziell zur Bekämpfung von Kriminalität, denn ihre Heimatländer haben meist keine Auslieferungsabkommen mit Katar. „Bereits 2015 hat die katarische Regierung behauptet, dass das Kafala-System abgeschafft wurde“, sagt die Aktivistin Binda Pandey [...]. „Tatsächlich wurden viele neue Gesetze auf den Weg gebracht, aber häufig mangelt es an Umsetzung und Kontrolle.“

In den vergangenen sechs Jahren hat das katarische Arbeitsministerium Richtlinien festgelegt, die europäischen Standards ähneln, zumindest auf dem Papier, etwa für Arbeitszeiten, Ruhephasen, Beschwerdemöglichkeiten. „Viele Arbeiter trauen sich nicht, gegen ihren Arbeitgeber juristisch vorzugehen“, sagt Binda Pandey. „Sie haben Angst, dass sie ausgewiesen werden und gar kein Geld mehr verdienen.“ [...]

Viele Arbeitgeber, die häufig eine familiäre Nähe zum Herrscherhaus haben, fühlen sich offenbar unantastbar. Und so dokumentieren NGOs wie Amnesty oder Human Rights Watch zahlreiche Verstöße gegen neue Gesetze. Vielfach werden Reisepässe einbehalten und zugesicherte Löhne nicht ausgezahlt. Vielfach bedrohen Arbeitgeber ihre Angestellten und hindern sie an der Wahrnehmung von Gerichtsterminen. Noch immer verlangen Rekrutierungsagenturen von den Arbeiter:innen zum Teil horrend „Vermittlungsgebühren“, damit diese überhaupt eine Anstellung finden. Viele von ihnen leben in streng überwachten Unterkünften.

Inzwischen existieren in Katar „Streitschlichtungsausschüsse“, die zwischen Arbeitgebern und Arbeiter:innen vermitteln sollen. Die International Labour Organization ist mit einem Büro in Doha vertreten, auch Gewerkschaftsbünde sind für Inspektionen vor Ort, oftmals mit Vorankündigung. Es sind Bedingungen, die Nachbarstaaten wie Saudi-Arabien nicht zulassen. Für Katar sind genaue Zahlen kaum prüfbar, aber inzwischen sollen mehr als 20 000 Arbeiter:innen ihre ausgebliebenen Löhne erfolgreich eingeklagt haben.

Im Land leben aber rund 2,5 Millionen Arbeitsmigrant:innen, neunzig Prozent der Bevölkerung. „Die Ressourcen sind noch zu gering“, sagt Lisa Salza von Amnesty International in der Schweiz. „Die Beschwerdestellen in Katar können die Klagen nicht in angemessener Zeit bearbeiten.“ [...]

Es wird wohl noch Jahre dauern, bis sich der tatsächliche Einfluss der Fußball-WM für Staat und Gesellschaft in Katar seriös beurteilen lässt. [...]

Am Persischen Golf wird Katar von seinen Nachbarn kritisch beäugt. Die Herrscherhäuser in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten fürchten, dass sie durch die katarischen Reformen international in Zugzwang geraten. In den verbleibenden Wochen bis zur WM werden weitere Bücher und Dokumentationen zur Menschenrechtslage am Golf erscheinen.

Doch die Geopolitik hat sich geändert: Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bemühen sich westliche Demokratien wie Deutschland um Gaslieferungen aus Doha. „Es gibt auch konservative Kräfte in Katar, die Reformen gern zurücknehmen würden“, sagt der Gewerkschafter Dietmar Schäfers. Wenn diese Kräfte ihr Ziel erreichen, dann wohl erst nach der WM, wenn die Aufmerksamkeit woanders liegt.

Ronny Blaschke, „Katars vorsichtige Reformen“, in: Frankfurter Rundschau vom 13. August 2022, S. 24

Migrationskorridor zukünftig nicht gravierend beeinträchtigen, da der Bedarf an Arbeitskräften im Niedriglohnsektor vor dem Hintergrund der ambitionierten Diversifizierungen in den golf-arabischen Wirtschaften hoch bleiben wird.

Es bleibt die Sorge, dass der Reformwille der katarischen Regierung nach Ende des Turniers weiter zurückgehen könnte, da die internationale Aufmerksamkeit für die dortigen Arbeitsrechtszustände nachlässt. Vor diesem Hintergrund fordern Menschenrechtsorganisationen sowie internationale Gewerkschaftsverbände die Einrichtung eines Arbeiterzentrums, welches in Katar ansässig sein und von Arbeitsmigrantinnen und -migranten geleitet werden soll. Eine solche Institution könnte hilfesuchenden Migrantinnen und Migranten eine Anlaufstelle bieten, sie über ihre Rechte informieren und ihnen Beistand gewähren. Bislang ist dieser Vorschlag aber von der katarischen Regierung noch nicht angenommen worden. Weiterhin wurde die Einrichtung eines Kompensationsfonds vorgeschlagen, um Hinterbliebene von verstorbenen Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu entschädigen. Allerdings hat weder die FIFA noch Katar diesem Vorschlag bisher zugestimmt, und es ist nicht ausreichend geklärt, wie die Zahlungen an die Fami-

lien vorgenommen werden sollen, da keine ausreichenden Informationen zu Adressen oder gar Bankkonten vorliegen.

Sport als internationale und nationale Marke

Sportpolitik gehört nicht erst seit Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer zu einem wichtigen Bestandteil der katarischen *Soft-Power*-Strategie. Bereits zwei Jahre vor der nationalen Unabhängigkeit 1971 beantragte Katar die Aufnahme in den Fußballweltverband FIFA. Noch zu Zeiten des britischen Protektorats wurde 1960 der erste Fußballverband gegründet. Seitdem betrachtet die katarische Regierung Sport als wesentliches Instrument des *Nation Branding*. Dieses Konzept beruht darauf, Nationen als internationale Marke (*brand*) zu positionieren, um über die Entwicklung bestimmter Sektoren (wie etwa Sport, Unterhaltung, Tourismus, Finanzen oder Kultur) positive Aufmerksamkeit zu generieren, politische Macht-

strukturen zu sichern, Investitionen anzulocken und diplomatische Partnerschaften aufzubauen. Damit zielen insbesondere „kleine Staaten“ wie Katar darauf ab, trotz ihrer geringen geografischen und demografischen Größe ihre globale Strahlkraft zu steigern und sich „größer zu machen, als sie sind“ (*virtual enlargement*), um damit das politische System aufrechtzuerhalten und die Macht der Herrschereliten zu bewahren. Katar gilt ähnlich wie andere Mikrostaaten wie Singapur oder Dubai in den VAE als prominenter Vertreter dieser umfassenden *Nation-Branding*-Strategie. Dabei fungiert Sport auf drei unterschiedlichen Ebenen als Bühne und Mittel der strategischen Kommunikation, um die sportpolitische Professionalität, die wirtschaftliche Attraktivität und die politische Relevanz Katars zu demonstrieren.

Ausrichtung von sportlichen Großveranstaltungen

Katar nutzt bereits seit den 1990er-Jahren den Sport, um sich international bekannter zu machen, die Wirtschaft zu diversifizieren und sich als regionales Zentrum großer Sportveranstaltungen zu etablieren – bereits vor der WM-Vergabe. In den 2000er-Jahren setzte in Katar ein regelrechter Boom bei der Ausrichtung von Sportveranstaltungen ein. Als Wendepunkt gelten die Asienspiele 2006, die in Doha stattfanden und durch die die katarische Führung zeigte, dass sie in der Lage ist, solche internationalen Events professionell durchzuführen. Durch die Spiele sollte die katarische Regierung zudem als verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner in der internationalen Gemeinschaft etabliert werden, da nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem US-amerikanischen Einmarsch im Irak 2003 die internationalen Vorbehalte gegen die arabisch-islamische Welt zugenommen hatten, was die touristischen Ambitionen Katars beeinträchtigte. Daher wurden die Sportveranstaltungen auch genutzt, um verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Allein 2019 richtete Katar mehr als 50 Sportveranstaltungen aus. Die Regierung fühlt sich aufgrund dieser Erfahrungswerte imstande und gerüstet, mit der WM 2022 eine der größten Sportveranstaltungen der Welt zu organisieren, und wird so auch auf internationaler Ebene wahrgenommen.

Allerdings wurde die WM-Vergabe von massiven Korruptionsvorwürfen überschattet, die sich nicht nur gegen hochrangige FIFA-Funktionäre richten, sondern auch bis in die höchsten Entscheidungskreise der katarischen Herrscherfa-

milie reichen. Insbesondere der katarische Fußballfunktionär und Bauunternehmer Muhammad bin Hammam wurde für seine dubiosen Praktiken im Vorfeld der WM-Vergabe kritisiert und 2011 von der FIFA lebenslang gesperrt. Während der Stichwahl 2010 ist es nachweislich zu gekauften Stimmen von drei Kommissionsmitgliedern aus Argentinien, Brasilien und Paraguay gekommen, die jeweils eine Million US-Dollar für ihre prokatarische Stimme erhalten haben.

Weiterhin wurden im Zuge der Untersuchungen 28 von 43 angeklagten Funktionären des Vergabekomitees wegen Geldwäsche oder Korruption verurteilt. Berichte über umfassende Einschüchterungs- und Bestechungsversuche wurden zwar von katarischer Seite stets verneint, dominieren allerdings die öffentliche Diskussion und zeigen auf, welche undurchsichtigen Strukturen und Netzwerke zwischen der FIFA und Katar bestehen. Allerdings ist Korruption bei der WM-Vergabe an Katar sicher kein Einzelfall: Wahrscheinlich ist es seit 1998 bei allen WM-Vergaben zu Unregelmäßigkeiten und Bestechungen gekommen – wie nicht zuletzt die Korruptionsvorwürfe im Zuge der WM-Ausrichtung in Deutschland 2006 zeigen. Weiterhin wurde die ungewöhnliche Ausrichtung der WM im Winter ebenso kritisiert wie die Vergabe an ein Land ohne langjährige Fußballkultur. Auf katarischer Seite werden diese Vorwürfe als eurozentristisch und islamophob wahrgenommen, was die Diskurskultur um die WM zunehmend politisiert und polarisiert hat.

Investitionen in den internationalen Sport

Das prominenteste Beispiel für die katarische Investitionsoffensive in den internationalen Spitzensport ist die Übernahme des französischen Fußballvereins Paris St. Germain (PSG) im Jahr 2011 für 100 Millionen Euro durch *Qatar Sports Investments* (QSI), die zum katarischen Investitionsfonds gehört, der mit einem Gesamtvermögen von etwa 295 Milliarden US-Dollar zu den reichsten Staatsfonds der Welt gehört. Die Wahl fiel nicht zufällig auf PSG, immerhin besitzt die Herrscherfamilie Al Thani Firmenanteile und Immobilien in Frankreich und hatte eine in Frankreich kontroverse diskutierte enge Beziehung zum damaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy etabliert.

Seit der Übernahme hat sich PSG zu einem der wertvollsten Clubs im nationalen und europäischen Profifußball entwickelt, was maßgeblich auf die Investitionen durch den katarischen



FIFA-Präsident Gianni Infantino mit Emir Tamim Al Thani bei der Gruppenauslosung der WM 2022 im April 2022 in Doha. Die FIFA verfolgt nach eigenen Aussagen eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber der Korruption – trotzdem ermittelt die US-Justiz wegen mutmaßlicher Stimmenkäufe bei der Vergabe der Weltmeisterschaften 2018 und 2022.



Sport als Investition: Der Vertrag von PSG mit Kylian Mbappé (r.), der in 3 Jahren beinahe 400 Millionen Euro verdienen soll, wird heftig kritisiert (o.l.).

Und auch andere Golfstaaten haben den Fußball für sich entdeckt: so die VAE mit Manchester City und neuerdings auch Saudi-Arabien mit Newcastle United (o.r.).

Bei Fußball-Fans regt sich dagegen Widerstand, hier z.B. in München (u.): Denn auch die Bayern haben einen lukrativen Sponsorenvertrag – mit Qatar Airways.

Staat zurückzuführen ist. So stieg der Wert des Clubs von 100 Millionen Euro auf mehr als 2 Milliarden Euro im Jahr 2021. Insgesamt flossen geschätzt 1,39 Milliarden Euro an Ablösesummen in Topstars wie Kylian Mbappé, Lionel Messi oder Neymar, dessen Transfer im August 2017 mit 222 Millionen Euro der bis dahin teuerste in der Geschichte des Profifußballs war.

Die Übernahme von PSG dient Katar dazu, den eigenen Bekanntheitsgrad im Vorfeld der WM zu erhöhen und sich als verlässlicher und langfristiger Partner europäischer Spitzenklubs im Fußball zu etablieren. Der Unternehmer Nasser Al Khelaifi hat sich nicht nur als Präsident von PSG einen Namen im europäischen und internationalen Fußball gemacht, sondern vertritt als enger Vertrauter des Emirs und als einflussreicher Drahtzieher in wichtigen Gremien wie der *European Club Association* die Interessen Katars im Fußball und stärkt dadurch Katars Rolle als mächtiger Akteur in der Sportpolitik. In diesem Zusammenhang sollen attraktive Zielmärkte erschlossen werden, um die katarische Wirtschaft weiter zu diversifizieren und auf dem europäischen Markt zu platzieren. Dies zeigt auch die 2018 begonnene Werbepartnerschaft zwischen der staatlichen Fluglinie *Qatar Airways* und dem deutschen Fußball-Rekordmeister Bayern München, die noch bis 2023 läuft und pro Jahr 17 Millionen Euro an Erlösen für den FC Bayern generieren soll. Dieser Werbevertrag hat in den vergangenen Jahren von Seiten bayrischer Fanverbände zu massiver Kritik geführt, die eine Beendigung der Zusammenarbeit fordern. Während der Mitglieder-

versammlung im November 2021 kam es zu Protesten von einer Faninitiative gegen den Vorstand des FC Bayern München. Im Juli 2022 folgte ein von Bayern München organisierter Runder Tisch, an dem neben Vertretern der Faninitiative unter anderem auch der katarische Botschafter in Deutschland und Repräsentanten von Menschenrechtsorganisationen teilnahmen.

Bereits ab 2010 warb die *Qatar Foundation* als Trikotsponsor beim spanischen Topclub FC Barcelona, ehe von 2013 bis 2017 *Qatar Airways* das Sponsorship übernahm – ein symbolischer Erfolg Katars, hatte der spanische Traditionsverein doch jahrelang eine Zusammenarbeit verweigert. *Qatar Airways* engagiert sich nicht nur beim FC Bayern, sondern auch beim italienischen Erstligisten AS Rom oder den Boca Juniors in Argentinien. Weitere katarische Unternehmen wie die *Qatar National Bank* (QNB), Werbepartner beim türkischen Verein Trabzonspor, oder das Telekommunikationsunternehmen *Ooredoo* als Werbepartner des tunesischen Fußballverbands verfolgen eine ähnliche Strategie.

Sportinvestitionen und regionale Rivalitäten

Sportpolitik dient Katar ebenfalls dazu, sich gegen regionale Konkurrenz zu behaupten. Damit richten sich die Investitionen sowie die Organisation von sportlichen Großveranstaltungen auch gegen die Nachbarn Saudi-Arabien und die VAE und müssen somit als Teil des regionalen Ringens um wirtschaftliche und politische Vorherrschaft betrachtet werden. Ähnlich wie

Katars Medien- und Kulturpolitik

Kultur dient Katar als einflussreiches Mittel seiner *Soft-Power*-Strategie. Insbesondere die Gründung des Satellitensenders Al Jazeera hat die Sichtbarkeit Katars in den vergangenen Jahrzehnten erhöht. Während der sogenannten Arabischen Aufstände 2010/11 wuchs Al Jazeera zu einem wirkmächtigen Propagandainstrument: Damals präsentierte sich der Sender als Förderer der Protestbewegungen in Ägypten, Tunesien und Syrien. Die dortigen autokratischen Regierungen wurden massiv kritisiert, die traditionelle Medien- und Pressezensur im Nahen und Mittleren Osten herausgefordert sowie regionale Rivalen wie Saudi-Arabien provoziert. Al Jazeera etablierte sich für einige Jahre als „Sprachrohr der Unterdrückten“, während Kritik an der katarischen Regierung und der Situation im Inland jedoch nicht stattfand.

In den vergangenen Jahren hat die Reputation Al Jazeeras in der arabischen Welt allerdings gelitten. Zwar verfügen beim Sender beschäftigte Journalistinnen und Journalisten noch immer über mehr Freiräume als bei anderen golfarabischen Nachrichtensendern, doch kritische Berichte über die Politik der Herrscherfamilie oder das außenpolitische Engagement Katars gelten als rote Linien. Neben Al Jazeera konnte sich *beIN Sports* im Unterhaltungs- und Sportsegment als Branchenführer etablieren. Katar verfügt somit über zwei überregional wirksame Instrumente der *Cultural Diplomacy*. Darunter wird die öffentliche und interaktive Dimension der Diplomatie verstanden, die über mediale, kulturelle und wissenschaftliche Kommunikation die Interessen eines Staates repräsentiert, Netzwerke auf- und ausbaut und so zur Stärkung der *Soft Power* beiträgt.

Neben den Medien nutzt Katar auch die zahlreichen ausländischen Forschungseinrichtungen und Universitäten, die sich in der 1997 gegründeten *Education City* in Doha niederlassen durften, um sich als Hochburg der Wissenschaft in der arabischen Welt zu etablieren. Allein zwischen 2003 und 2007 entstanden in Katar 40 Ableger von europäischen und US-amerikanischen Universitäten. Mit solchen Maßnahmen soll die Kooperation Katars mit ausländischen Partnern in der Kunst, der Wissenschaft und des Technologietransfers intensiviert werden, um den gegenseitigen Dialog zu fördern und Katars Rolle als kulturelle Plattform zu stärken.

Aushängeschild dieser Kulturpolitik ist neben der *Education City* die *Qatar Foundation*, die sich als Förderer von Talenten aus Wissenschaft, Kultur, Kunst und Unterhaltung versteht und von der einflussreichen Ehefrau des ehemaligen Emirs Hamad, Scheicha Musa al-Missned, geleitet wird. Die Gründung der *Cultural Village Foundation* (Katara) 2011 sowie die Durchführung von Filmfestivals durch das *Doha Film Institute* haben sich ebenso zu regionalen und internationalen Highlights der katarischen Kulturlandschaft entwickelt wie das 2008 eröffnete *Museum of Islamic Art* oder das 2019 fertiggestellte *National Museum of Qatar*. 2016 wurden das *Ministry of Culture, Arts and Heritage* und das *Ministry of Youth and Sports* zum *Ministry of Culture and Sports* (MOCS) fusioniert, um die Aktivitäten im Kulturbereich effizienter zu koordinieren und Parallelstrukturen zu minimieren, während die *Qatar Museums Authority* (QMA) einige Kulturzentren zur Förderung der Kreativszene in den Bereichen Bildende Kunst, Design oder Mode für lokale und internationale Künstlerinnen und Künstler initiiert hat.

Dabei richten sich diese Maßnahmen auch explizit an Künstlerinnen, allerdings bestehen noch immer gravierende Herausforderungen, da patriarchalische Strukturen die Förderung von Frauen in der Kunst und Kultur erschweren. Zwar wächst die Zahl der Beschäftigten in der Kreativindustrie, dennoch wird auch die Kulturbranche von ausländischen Arbeitskräften dominiert: 90 Prozent der Beschäftigten verfügen nicht über die katarische Staatsangehörigkeit. Die Mehrheit stammt aus Europa und den USA, da sie in Katar oftmals attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden, während die katarischen Kulturinstitutionen von der Expertise der Fachkräfte profitieren wollen. In Katar lag die Anzahl der Beschäftigten in der Kreativindustrie im Jahr 2018 bei drei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, wobei die meisten in den Sektoren Design (31%), Handwerk und Bildende Kunst (19%) sowie in *Cultural-Heritage*-Projekten (16%) engagiert waren.

Durch den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie wurde auch die Kultur- und Kunstindustrie in Katar in Mitleidenschaft gezogen: Künstlerinnen und Künstler sahen sich mit Reisebeschränkungen, Verboten von öffentlichen Veranstaltungen und Schließungen von Arbeitsstätten wie Ateliers, Ausstellungsräumen oder Fotostudios konfrontiert, was ihr berufliches kulturelles Engagement massiv beeinträchtigte.

Im Rahmen der katarischen Identitätspolitik kommt der Kunst- und Kulturpolitik eine entscheidende Bedeutung zu: Die Betonung des kulturellen Erbes spiegelt sich in einer intensivierten Kulturpolitik wider, in der Fragen nach sozialer Zugehörigkeit, Identität oder wirtschaftlicher Diversifizierung verhandelt werden, um die gesellschaftliche Statik zu bewahren und so dazu beizutragen, die Legitimität und die Machtposition der Herrscherfamilie zu sichern. Somit fungiert katarische Kulturpolitik als Mittel der politischen Machtkonsolidierung, die ebenso Elemente einer pluralistischen Kulturdebatte enthält wie die Festlegung roter Linien vorsieht: Fragen des kulturellen Erbes und der sozialen Kohäsion werden von katarischen Künstlerinnen und Künstlern be- und verhandelt, allerdings ist Kritik am Emir und der Al Thani ein Tabu. Viele katarische Künstlerinnen und Künstlern betrachten ihre Arbeit dennoch keineswegs als unpolitisch, da sie sich Themen wie dem Klimawandel, Nachhaltigkeitsdiskursen oder dem Konsumverhalten widmen und damit die Grenzen des künstlerischen Diskurses verschieben und zu einer differenzierten öffentlichen Debatte beitragen.



Die Zentrale des katarischen Staatssenders Al Jazeera in Doha

Katar verfolgen auch die beiden anderen Golfmonarchien eine Sportpolitik des *Nation Branding*. Während die Emirate bereits 2008 den englischen Erstligisten Manchester City übernahmen und ihn seitdem mit milliardenschweren Investitionen zu einem europäischen Spitzenclub entwickelt haben, zog auch das saudische Königreich nach und erwarb im Oktober 2021 die Mehrheit der Anteile an dem englischen Traditionsverein Newcastle United. Zudem positionieren sich beide Staaten als Gastgeber internationaler Sportveranstaltungen und bauen ein globales Netzwerk an Sportinvestitionen aus. Die emiratische *City Football Group*, die zu mehr als 80 Prozent der *Abu Dhabi United Group Investment & Development Limited* gehört, hat in den vergangenen Jahren eigene Vereine in den USA, in Indien, China oder Australien gegründet, die die Position der VAE im internationalen Sportgeschäft stärken und neue, weniger traditionelle Fußballmärkte erschließen sollen.

Weiterhin finden in der saudischen Hafenstadt Dschidda und in Abu Dhabi regelmäßig Formel-1-Rennen statt. Die VAE richteten 2021 den Arab Cup, einen Fußballwettbewerb, aus und verstehen sich ebenso wie Katar als Bühne für globalen Spitzensport. Somit trägt die jeweilige Sportpolitik zum regionalen Konkurrenzkampf unter den Golfmonarchien bei, was sich insbesondere während der Golfkrise zwischen Juni 2017 und Januar 2021 zeigte: Auch wenn es weder Saudi-Arabien noch die VAE offiziell bestätigten, ist es wahrscheinlich, dass die Blockade dazu beitragen sollte, Katar als Standort der WM zu schwächen, um entweder selbst als Co-Gastgeber zu fungieren oder die beiden anderen Golfmonarchien Oman und Kuwait als weitere Ausrichter zu gewinnen. Doch ähnlich wie auf politischer und wirtschaftlicher Ebene setzte sich Katar auch auf sportpolitischer Ebene zur Wehr, wie die Verpflichtung des brasilianischen Fußballers Neymar 2017 sinnbildlich zeigt: Die Ankündigung erfolgte wenige Wochen nach Beginn der Krise und diente somit als Symbol der Stärke gegenüber den Blockadestaaten, sich dem externen Druck nicht beugen zu wollen und weiterhin in der Lage sein zu können, in den Sport und andere Sektoren zu investieren.

Sport und Kultur: die Schaffung einer nationalen Marke

In Katar sowie in den anderen Golfmonarchien ist Sport auch zu einem Bestandteil nationalistischer und populistischer Identitätspolitik geworden: Die jeweiligen Herrscher propagieren Sport als ein Element, um die kulturelle Identität zu stärken und ihre eigene Machtposition zu sichern. Dabei wollen sie über nationale Sportförderprogramme nicht nur die Trendsportarten wie Fußball oder Handball gesellschaftlich attraktiver machen, sondern auch traditionelle Sportarten wie Falknerei oder Pferderennen in ihre Identitätspolitik integrieren.

Die Gesellschaften der arabischen Golfmonarchien befinden sich in einer grundlegenden Transformation und auch in Katar gibt es kontroverse Diskussionen um die Bewahrung der eigenen Kultur, der Traditionen und der gesellschaftlichen Bindungen, da ein Großteil der Bevölkerung diese durch die wirtschaftlichen Veränderungen oder die zahlenmäßige Dominanz ausländischer Arbeitskräfte bedroht sieht. Insbesondere die Arbeitsmigrantinnen und -migranten werden als existenzielle Bedrohung des Wohlstands und der kulturellen Identität stigmatisiert, was zum einen die sozialen Gräben vertieft, zum anderen aber auch von eigenen politischen Verfehlungen ablenken soll, indem ein „Sündenbock“ geschaffen wird.

Basierend auf diesen diffusen Ängsten vor „Überfremdung“ oder einem Verlust der eigenen Identität hat die katarische Führung unterschiedliche Programme und Initiativen ins Le-

ben gerufen, um die Identität der katarischen Nation zu stärken. Im Nationalmuseum in Doha werden Traditionen wie Perlenfischen oder Fischfang (siehe S. 2) präsentiert, während der Bau des Kulturdorfs Katara oder die Renovierung des alten Basars einerseits Touristenattraktionen geschaffen hat, andererseits aber auch versucht, die Wurzeln der katarischen Gesellschaft mit den Anforderungen der Moderne zu vereinen. Unzählige Festivals, Ausstellungen oder Werke von lokalen Künstlerinnen und Künstlern widmen sich der katarischen Identität und diskutieren, wie das Emirat einerseits das multi-ethnische und globalisierte Geschäftsmodell und andererseits eine eigene nationale Identität bewahren kann.

In diesem komplexen Aushandlungsprozess kommt dem Sport eine entscheidende Bedeutung zu: Mit der Ausrichtung der WM soll auch ein patriotischer Nationalstolz geschaffen werden, der die sozialen Bindungen der einheimischen Bevölkerung ebenso stärkt wie die Loyalität zum Herrscherhaus, das als „Architekt des WM-Erfolgs“ respektiert werden will. Auch die Übernahme von PSG oder das Sponsoring bei Bayern München dienen nicht ausschließlich der wirtschaftlichen Diversifizierung und der globalen Markenpositionierung, sondern wenden sich auch an einheimische Konsumenten: In Katar haben sich mittlerweile PSG-Fanclubs gegründet, die den Verein als Nationalgut betrachten und in den Siegen der französischen Fußballmannschaft auch einen Triumph der katarischen Politik sehen. Sport soll somit zu einem erstrebenswerten Kulturgut gemacht werden, dem die eigene Bevölkerung nacheifern soll.



Brieftauben werden in vielen arabischen Staaten als kulturelles Erbe begriffen. Dieser Taubenschlag im Kulturdorf Katara (hier zu sehen im Oktober 2019) soll nach Unwetterschäden 2023 abgerissen und neu aufgebaut werden.

Literaturhinweise

Amnesty International: Katar 2021. Amnesty Report, 29. März 2022, www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/katar-2021

Bertelsmann Stiftung: BTI 2022 Country Report – Qatar, Gütersloh 2022, <https://bti-project.org/de/reports/country-report/QAT>

Beyer, Bernd-M. / Schulze-Marmeling, Dietrich: Boykottiert Katar 2022! Warum wir die FIFA stoppen müssen, Bielefeld 2021, 160 S.

Bianco, Cinzia: Balance of Power: Gulf States, Russia, and European Energy Security, European Council on Foreign Relations, 16. März 2022, <https://ecfr.eu/article/balance-of-power-gulf-states-russia-and-european-energy-security/>

Blaschke, Ronny: Machtspieler. Fußball in Propaganda, Krieg und Revolution, Bielefeld 2020, 256 S.

Brannagan, Paul Michael / Reiche, Danyel: Qatar and the 2022 FIFA World Cup, Cham 2022, 186 S.

Busse, Jan / Wildangel, René (Hg.): Das rebellische Spiel. Die Macht des Fußballs im Nahen Osten und die Katar-WM, Göttingen 2022, 272 S.

Chatterjee, Robert / Wigger, Leo: Katar 2022. So eine WM gab es noch nie! Das Land, die Teams, Fußballkultur und Affären, Berlin 2022, 152 S.

Coates Ulrichsen, Kristian: Qatar and the Arab Spring, London 2014, 176 S.

Coates Ulrichsen, Kristian: Qatar and the Gulf Crisis, New York 2020, 224 S.

Fromherz, Allen J.: Qatar. Rise to Power and Influence, London/New York 2017, 224 S.

Ghafar, Adel Abdel, Colombo, Silvia (Hg.): The European Union and the Gulf Cooperation Council. Towards a New Path, Contemporary Gulf Studies, Singapur 2021, 273 S.

ILO Project Office for the State of Qatar: Progress Report On the Technical Cooperation Programme Between the Government of Qatar and the ILO, Dezember 2021, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/---ilo-qatar/documents/publication/wcms_832122.pdf

Kamrava, Mehran: Qatar. Small State, Big Politics, Ithaka / London 2015, 222 S.

Krieg, Andreas (Hg.): Divided Gulf. The Anatomy of a Crisis, Singapur 2019, 297 S.

Lyca, Charlotte: Qatari Female Footballers: Negotiating Gendered Expectations, in: Reiche, Danyel / Sorek, Tamir (Hg.): Sport, Politics, and Society in the Middle East, New York 2019, S. 3–92

Nye, Joseph: Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York 2004, 208 S.

Rahman, Habibur: The Emergence of Qatar: The Turbulent Years 1627-1917, London 2005, 282 S.

Roberts, David B.: Qatar's Shura Council Elections: Incrementally Strengthening Local Politics, Arab Gulf Institute in Washington, 7. Oktober 2021, <https://agsiw.org/qatars-shura-council-elections-incrementally-strengthening-local-politics/>

Sons, Sebastian: Menschenrechte sind nicht käuflich. Warum die WM in Katar auch bei uns zu einer neuen Politik führen muss, Hamburg 2022, 128 S.

Sons, Sebastian: Sport als Machtinstrument, in: Internationale Politik Mai/Juni 2022, S. 94–99

Internetadressen

www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/katar-node – Auswärtiges Amt / Länderinfo Katar

www.bpb.de/150735 – Informationen über die Golfstaaten

<http://berlin.embassy.qa/> – Botschaft Katar

<https://www.knomad.org/> – Global Knowledge Partnership on Migration and Development

Der Autor

Dr. Sebastian Sons arbeitet als Researcher beim *Center for Applied Research in Partnership with the Orient* (CARPO). Er wurde an der Humboldt-Universität zu Berlin zur pakistanischen Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien promoviert und absolvierte eine Ausbildung an der Berliner Journalisten-Schule.

Nach seinem Studium arbeitete er als wissenschaftlicher Abteilungsleiter beim Deutschen Orient-Institut und war Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift *Orient* (2009–2014). Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter im Programm Naher Osten und Nordafrika der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin beschäftigt.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in den Golfmonarchien, deren Sport-, Entwicklungs- und Migrationspolitik. 2016 erschien sein politisches Sachbuch *Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – Ein problematischer Verbündeter*, und im September 2022 *Menschenrechte sind nicht käuflich. Warum die WM in Katar auch bei uns zu einer neuen Politik führen muss*.

Bildnachweise

AP Photo

10: Alex Brandon / **14:** Michael Sohn

Joerg Boethling

7: Joerg Boethling / **15:** Joerg Boethling / **16:** Joerg Boethling

Picture Alliance

3: PantherMedia | Philip Lange / **5:** REUTERS | FADI AL-ASSAAD / **21 oben links:** REUTERS / Christian Hartmann / **21 unten:** Eibner-Pressefoto | Eibner-Pressefoto / Sascha Walther / **22:** REUTERS | Imad Creidi

Reuters

2: Ibraheem Al Omari / **6 links:** Qatar News Agency / Handout / **6 rechts:** Ibraheem Al Omari / **11 oben:** Naseem Zeitoon / **11 unten:** Qatar News Agency / Handout / **20:** Ibraheem Al Omari / **21 oben rechts:** Jason Cairnduff / **23:** Naseem Zeitoon

Impressum

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/995 15-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion: Laura Gerken, Jutta Klaeren, Robin Siebert (verantwortlich/bpb), Christine Eckes (Volontärin)

Redaktionelle Mitarbeit: Jan Brunner, Potsdam; Stefan Schult, Bonn

Redaktionsschluss: September 2022

Titelbild: © picture alliance/dpa | Christian Charisius; eine Dau vor der West Bay-Skyline von Doha 2022

Gesamtgestaltung: KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Karten: mr-kartographie, 99687 Gotha

Druck: Druckhaus Kaufmann GmbH, 77933 Lahr

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.